



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

ARBEITSMIGRATION NACH RUSSLAND RUSSISCH-TADSCHIKISCHER KONFLIKT 2011

■ ANALYSE		
	Tadschikische Arbeitsmigration in Russland – Akteure, Entwicklungen, Interessen Von Felicia Scheliga, Bonn / Leipzig	2
■ STATISTIK		
	Tadschikische Arbeitsmigranten	7
■ ANALYSE		
	Die Ethnisierung der Migrationsprozesse in Russland Von Olga Vendina, Moskau	9
■ STATISTIK		
	Netto-Migration zwischen Russland und den ehemaligen Sowjetrepubliken	13
■ UMFRAGE		
	Die Einstellung der russischen Bevölkerung zu Arbeitsmigranten	13
<hr/>		
■ DOKUMENTATION		
	Russisch-tadschikischer Konflikt 2011 Von Kristina Puzarina und Ann-Catherine Roth, Bremen	15
<hr/>		
■ RANKING		
	»The World's Billionaires« – die Forbesliste 2012	19
	Russische Milliardäre in der Forbesliste 2012	20
<hr/>		
■ CHRONIK		
	Vom 10. bis zum 22. März 2011	23



Tadschikische Arbeitsmigration in Russland – Akteure, Entwicklungen, Interessen

Von Felicia Scheliga, Bonn / Leipzig

Zusammenfassung

Arbeitsmigranten spielen auch nach der Weltwirtschaftskrise eine wichtige Rolle im wirtschaftlichen Leben vieler russischer Großstädte. Der vorliegende Artikel benennt die drängendsten Probleme der zentralasiatischen Arbeitsmigration in Russland. Er betrachtet dazu beispielhaft tadschikische Arbeitsmigranten als Mitglieder informeller Gemeinschaften, die sich gegenseitig beistehen und unterstützen. Er zeigt, durch welche Vielzahl an privaten, gesellschaftlichen und staatlichen Akteuren ihre Situation außerdem mitgestaltet oder beeinträchtigt wird – etwa durch Vermittlungsagenturen, Unternehmerverbände und Rechtsschutzorgane –, und fragt nach deren Interessen und Einflussmöglichkeiten.

Ursachen und Umfang der Arbeitsmigration

Migrationsbewegungen von Tadschikistan nach Russland gibt es seit der staatlichen Unabhängigkeit des Landes 1991. Während des tadschikischen Bürgerkrieges (1992–1997) flüchteten hunderttausende Bürger nach Russland oder emigrierten aus ethnischen und politischen Gründen dorthin. Aufgrund der anhaltenden politischen und wirtschaftlichen Instabilität Tadschikistans begann Ende der 1990er Jahre die gezielte Arbeitsmigration in die Russische Föderation. Nach Studien der *International Labour Organization (ILO)* arbeiten tadschikische Migranten hauptsächlich im Bausektor, aber auch in der Gas- und Ölindustrie sowie im Dienstleistungsbereich. Sie kommen, teils saisonal, teils für einen längeren Zeitraum, vor allem in die Ballungsräume von Moskau, St. Petersburg und Sibirien. Die meisten von ihnen sind Männer zwischen 18 und 59 Jahren.

Auf dem russischen Arbeitsmarkt gibt es neben einem wachsenden Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften auch einen Mangel an Arbeitskräften im Niedriglohnsektor. Migranten füllen oft Positionen aus, die von Einheimischen aufgrund der geringen Bezahlung abgelehnt werden. Durch einen Arbeitsaufenthalt in Russland entgehen sie der Einkommensarmut und Perspektivlosigkeit im eigenen Land. Sie haben die Aussicht, dort das zehn- bis zwanzigfache als in ihrer Heimat zu verdienen. Monatsgehälter in Tadschikistan belaufen sich derzeit auf 9–75 Euro. Ein guter Verdienst für Arbeitsmigranten aus Tadschikistan liegt in Russland dagegen bei etwa 750 Euro (30.000 Rubel), ein überdurchschnittlicher bei 1500 Euro pro Monat.

Verlässliche Statistiken über die genaue Zahl der tadschikischen Arbeitsmigranten sind bis heute nicht verfügbar, da es unter ihnen eine sehr hohe Anzahl an Personen gibt, die nicht registriert oder im informellen Sektor tätig sind. Nach Schätzungen internationaler Experten gab es in Russland Anfang 2000 etwa 550.000–650.000 Arbeitsmigranten aus Tadschikistan,

von denen die wenigsten jedoch legal arbeiteten. Inzwischen gehen Organisationen wie die *ILO* davon aus, dass ihre Zahl die Millionengrenze überschritten hat. Das bedeutet, dass gegenwärtig etwa ein Siebtel der Gesamtbevölkerung des Landes in Russland arbeitet.

Etwa 20 bis 50 Prozent der privaten Haushalte in Tadschikistan erhalten Rücküberweisungen aus der Arbeitsmigration. Dies ist ein wichtiger Beitrag zu ihrer Ernährungssicherheit und sozialen Absicherung. Einkünfte aus der Arbeitsmigration ermöglichen zudem den Erwerb von Autos und Immobilien sowie die Finanzierung von Familienzeremonien, muslimischen Feiertagen oder von Pilgerreisen. Nach Ansicht eines Experten des *Internationalen Währungsfonds* hat das private Kapital, das in Tadschikistan durch die Migrantenhaushalte in Umlauf gebracht wird, bisher jedoch nicht den Umfang, um dort entscheidende Transformationsprozesse anzuregen.

Situation der Arbeitsmigranten

Die Arbeits- und Lebensbedingungen vieler Arbeitsmigranten in Russland sind prekär. Dies gilt besonders für den Bausektor. Die Arbeit auf den Baustellen ist schwer und durch mangelnden Arbeitsschutz oft lebensgefährlich. Viele Arbeiter wohnen in Rohbauten, Abbruchhäusern oder Bauwagen ohne Heizung, Wasser und Strom. In diesen Milieus kommt es immer wieder zu gewalttätigen Konflikten, oftmals unter Alkoholeinfluss. Stellenweise teilen sich 20 Menschen eine 2–3 Zimmer-Wohnung, oft ohne sanitäre Einrichtungen. In den meisten Fällen werden Migranten ausgebeutet: sie arbeiten täglich länger als zwölf Stunden, sie kennen kein Wochenende, bekommen keinen Urlaub, und erhalten für die gleiche Arbeit einen niedrigeren Lohn als einheimische Arbeitnehmer. Oft gibt es Lohnausstände oder die Vergütung erfolgt nur in Lebensmitteln.

Ein zentrales Problem für viele Arbeitsmigranten aus Tadschikistan sind ihre mangelhaften Russisch-

kenntnisse, insbesondere unter den 18- bis 30-Jährigen. Ihre sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten führen zu vielen Folgeproblemen und lassen sich unter anderem mit dem defizitären Bildungssystem in ihrer Heimat begründen.

Die Einreise nach Russland ist für Tadschiken und Bürger der meisten GUS-Republiken visumfrei und damit, zumindest per Flugzeug, erst einmal unproblematisch. Die Hürden, die sich danach auftun, betreffen vor allem den rechtlichen Aufenthaltsstatus. Innerhalb von 90 Tagen nach der Ankunft müssen sich Einreisende aus dem GUS-Raum beim *Staatlichen Migrationsdienst (FMS)* auf einen Wohnort registrieren lassen. Es ist für die meisten Migranten schwierig, all die damit verbundenen Auflagen zu erfüllen. Zudem ist nach Einschätzung einer *ILO*-Expertin die Servicebereitschaft des *FMS* nicht wirklich gegeben. Viele Migranten besorgen sich daher lieber eine Registrierung über Vermittler oder zahlen ein monatliches »Schweigegehd« an den für das Wohnviertel zuständigen Polizisten.

Wer als Ausländer in Russland legal arbeiten will, braucht eine Arbeitsgenehmigung. Die Beantragung dieser Genehmigung dauert oft einen Monat. Dafür ist ein schriftlicher Arbeitsvertrag nötig. Bei einem Arbeitsaufenthalt von mehr als drei Monaten sind auch Bescheinigungen darüber erforderlich, dass die Migranten frei von Infektionskrankheiten sind. Für manche Tätigkeiten braucht man ein zusätzliches Gesundheitszeugnis, das nur speziell autorisierte Gesundheitsbehörden ausstellen können. Außerdem ist die Ausgabe der Genehmigung an einen Qualifikationsnachweis gebunden und die regionale Quote für das jeweilige Beschäftigungssegment darf noch nicht ausgeschöpft sein. Um das Beantragungsverfahren zu vereinfachen, kann man sich wiederum an private Vermittler wenden. Die Kosten für die informelle Beschaffung betragen allerdings ein Vielfaches des Behördensatzes. Im Mai 2011 etwa kostete eine Arbeitsgenehmigung beim *FMS* in Petersburg 2000 Rubel, bei einer der zahlreichen privaten Agenturen dagegen 14.000 Rubel. Das Problem für Migranten besteht bei »informellen Deals« neben dem erhöhten Kostenfaktor darin, dass die Vermittler sie oft lange hinhalten, häufig gefälschte Dokumente beschaffen, oder die nur verbal zugesicherte Unterstützung zuweilen ganz verweigern. Viele Migranten leben daher unter der ständigen Angst vor Polizeikontrollen, ihr psychischer Stress ist enorm. Nach Zahlung entsprechender Geldstrafen werden sie zwar meist wieder aus dem Polizeigewahrsam entlassen, bei mehrmaligen Verstößen gegen die Regelungen zur Arbeitsgenehmigung droht ihnen jedoch die Ausweisung und ein fünfjähriges Arbeitsverbot. 2010 wurden von staatlicher Seite so genannte Patente eingeführt. Durch den Kauf eines Patents erwirbt ein Migrant

eine Arbeitsgenehmigung im privaten Hauswirtschaftssektor und entrichtet im Voraus Steuern. Patente können auch von Migranten erworben werden, die bis dahin irregulär gearbeitet haben. Insofern sind sie ein wichtiger Schritt in Richtung Legalisierung von Arbeitsmigration. Für die Mehrzahl der tadschikischen Migranten sind sie jedoch nicht interessant, da sie vorrangig im Bausektor tätig sind.

Auch die Sozialversicherung stellt bisher ein ungeöstes Problem dar. Arbeitgeber, die Migranten legal beschäftigen, brauchen bis dato keine Sozialversicherungsbeiträge für sie zu entrichten. In der Regel schließen Arbeitsmigranten in Russland keine eigene private Krankenversicherung ab. Dies ist besonders problematisch für Schwangere und für Menschen, die schwer erkranken. Sie erhalten meist nur eine Notfallbehandlung. Migranten verschleppen daher oftmals ansteckende Krankheiten wie TBC und kehren krank nach Hause zurück. Teilweise setzen sich die Probleme der Migranten hinsichtlich des legalen und sozialen Aufenthaltsstatus auch bei ihren Kindern fort. Diese werden an russischen Schulen nur dann aufgenommen, wenn ihre Eltern eine gültige Registrierung haben; manchmal müssen sie auch eine Krankenversicherung nachweisen.

Die Lebenssituation für Migranten aus Tadschikistan und anderen Ländern Zentralasiens wird in Russland auch dadurch erschwert, dass sie dort aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit diskriminiert werden. In der Wahrnehmung tadschikischer Migranten kam es in russischen Großstädten ab Anfang 2000 zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen lokalen Einwohnern und »nichtslawischen« Zuwanderern. Es gab erste rassistisch motivierte Übergriffe, und es formierten sich Gruppen wie die *Bewegung gegen illegale Immigration*. Auch nach dem Verbot dieser rechtsextremistischen Gruppierung gibt es weiterhin eine aktive Neonaziszene. Viele gewalttätige Attacken gegen Migranten werden strafrechtlich jedoch nur unzureichend oder gar nicht aufgearbeitet. Das Menschenrechtszentrum *Sova* dokumentierte für 2010 und 2011 insgesamt 577 rassistisch motivierte Gewalttaten – von Körperverletzung bis hin zum Mord –, von denen 132 Menschen aus Zentralasien direkt betroffen waren. Auch viele Vertreter der Rechtsschutzorgane verhalten sich diskriminierend gegenüber Arbeitsmigranten. Immer wieder kommt es vor, dass die Polizei ihnen gegenüber verbal übergriffig wird, ihre Dokumente wegnimmt, Geld von ihnen einfordert und sie körperlich attackiert. Solche Rechtsverletzungen werden strafrechtlich ebenfalls kaum geahndet.

Weitere Akteure der Arbeitsmigration

Der russische Migrationsdienst *FMS* ist die zentrale staatliche Behörde für Migranten in Russland. Er ist dem

Innenministerium unterstellt und sieht seine Hauptaufgabe in der Regulierung der Migration und in der Überwachung von Ausländern. 2009 hat der *FMS* neue Beratungsgremien geschaffen, in denen ausgewählte Migrationsforscher bzw. Vertreter aus NGOs, Diasporaorganisationen und den Medien mitwirken. Dort werden regelmäßig aktuelle Migrationsfragen besprochen, allerdings ohne die Beteiligung von Arbeitsmigranten.

Von den zuvor bereits erwähnten privaten Vermittlungsfirmen für Migranten, distanziert sich der *FMS*, gibt aber zu verstehen, dass deren illegale Aktivitäten trotz Strafverfolgung nicht eingedämmt werden können. Die Fälschungen der Vermittlungsfirmen seien schwer nachzuweisen und verschwinden bei Razzien oft. Nach Einschätzung der Menschenrechtsorganisation *MEMORIAL St. Petersburg* hängt dies mit der Korruption im Migrationsdienst und in den Vermittlungsagenturen zusammen. Die Korruption führt dazu, dass die Firmen in der Lage sind, auch rechtsgültige Dokumente auszustellen, obwohl offiziell nur der *FMS* dazu autorisiert ist.

Angesichts niedriger Löhne im informellen Sektor besteht seitens russischer Arbeitgeber ein großes Interesse an der Aufrechterhaltung der irregulären Beschäftigung von Migranten. Nach Einschätzung der Migrationsexpertin Elena Tyuyurkanova arbeiten über 70 Prozent der Migranten in Russland ohne Arbeitsvertrag. Laut einer Umfrage des russischen *Verbandes der kleinen und mittleren Unternehmen* von 2010 finden 70 Prozent aller befragten Firmen die Registrierungsprozeduren zur Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern zu kompliziert und verzichten auf deren Anstellung. Die Strafen für Arbeitgeber bei illegaler Beschäftigung von Ausländern betragen mittlerweile zwischen 10.000 und 20.000 Euro (400.000–800.000 Rubel). Die Durchsetzung von Sanktionen ist meist schwierig und weist noch erhebliche Lücken auf. Die Agentur für Arbeit *ROSTRUD*, unter anderem verantwortlich für die Kontrolle der legalen Anstellung von Arbeitsmigranten, kann zum Beispiel nur dann intervenieren, wenn es einen schriftlichen Arbeitsvertrag gibt. Russische Gewerkschaften sind erst seit kurzem bereit, sich für die Rechte von Arbeitsmigranten einzusetzen.

Seit einigen Jahren engagiert sich der *Verband der kleinen und mittleren Unternehmen* für eine Liberalisierung der Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften und regte 2010 die Weiterentwicklung der bisherigen Migrationsstrategie an. Hintergrund dafür waren Schwierigkeiten vieler Unternehmen, ihren Bedarf an Fachkräften abzudecken und statistische Prognosen, dass es Russland im Jahr 2030 voraussichtlich an 11 Millionen Arbeitskräften mangeln wird.

Die neue Migrationsstrategie zielt hauptsächlich darauf ab, Anreize für die Einwanderung von hochqua-

lifizierten Arbeitskräften zu schaffen, und soll bis 2025 umgesetzt werden. Maßnahmen, die dabei besonders für zentralasiatische Arbeitsmigranten von Bedeutung sind, beinhalten u. a. die Abschaffung des Quotensystems, die Einführung einer freiwilligen Krankenversicherung und die Schaffung von speziellen Wohnheimen für saisonale Migranten.

Sozialer Zusammenhalt in Migrantengemeinschaften

Tadschikische Arbeitsmigranten sind in Russland zunächst in Gemeinschaften integriert, die im Prozess der Migration entstehen. Davon gehen Sozialforscher wie Saodat Olimova (*Forschungszentrum SHARQ, Dushanbe*) und Hafiz Boboyorov (*Zentrum für Entwicklungsforschung, Bonn*) aus, die sich bereits intensiv mit der tadschikischen Arbeitsmigration befasst haben. Der Zusammenhalt in informellen Migrantengruppen beruht auf der sozioökonomischen Gemeinschaft von Blutsverwandten, patriarchalischen Rollenverteilungen und der moralischen Pflicht zu gegenseitigem Beistand. Dieses Konzept von Selbsthilfe und sozialem Schutz ist bis heute in vielen Teilen Tadschikistans von zentraler Bedeutung. Dabei haben die Rechte der Familie und des Klans ein stärkeres Gewicht als individuelle Interessen. Das Oberhaupt einer Gruppe übt nahezu unangefochten Autorität aus und beeinflusst auch Migrationsentscheidungen. Ältere, erfahrene Arbeitsmigranten übernehmen in Russland daher eine Art Patenrolle für die jüngeren, unerfahrenen Migranten und finanzieren ihnen zum Beispiel die Reise. Sie arbeiten oft beim gleichen Arbeitgeber oder wohnen im selben Quartier. Außerdem gibt es eine starke Verbundenheit zwischen nicht verwandten Migranten desselben Herkunftsortes oder derselben Herkunftsregion. Sie zahlen gegebenenfalls sogar Lösegeld füreinander, wenn einer von ihnen bei einer Polizeikontrolle in ernsthafte Schwierigkeiten geraten ist. Von Mitgliedern der Gemeinschaft wird erwartet, dass sie die Hilfe und Unterstützung, die ihnen zuteil geworden ist, an Angehörige der Gruppe zurückgeben. Daher arbeiten viele Migranten zunächst oft unentgeltlich oder können über ihre Einkünfte nicht allein verfügen. Sie stehen zudem nicht nur unter dem Schutz ihrer Gemeinschaft, sondern auch unter deren sozialer Kontrolle. In diesen informellen Netzwerken werden überdies gemeinschaftliche Feste und religiöse Zeremonien organisiert. Es gibt unter ihnen auch Mitglieder, die regelmäßig die Gebetszeiten in der Moschee wahrnehmen. Sie genießen besondere Achtung und stellen eine Verbindung zur Gemeinschaft der Muslime her.

Russische Ehefrauen werden im Rahmen dieses Konzeptes als Möglichkeit angesehen Zugang zur russischen Gesellschaft zu finden. Durch die Eheschließung

kann ein Migrant die russische Staatsbürgerschaft erhalten und seinen Aufenthaltsstatus langfristig absichern. Mittlerweile gibt es unter Tadschiken die Tendenz, ihre Ehe in Tadschikistan nur nach muslimischem Recht zu schließen. Auf diese Weise können sie in Russland standesamtlich heiraten, ihre Ehe(n) im eigenen Land aufrechterhalten oder diese jederzeit annullieren. Dies konfrontiert die davon betroffenen Frauen und Kinder in Tadschikistan jedoch mit vielen Problemen, angefangen vom Armutrisiko bis hin zu ungeklärten Fragen zum Sorgerecht.

Die Rolle von Diasporaorganisationen

In Russland existiert eine Vielzahl von Migranten- und Diasporaorganisationen. Darunter gibt es sowohl Dachverbände wie den *Kongress der Armenier*, die politisch einflussreich sind, als auch lokal sehr begrenzte Vereine. Insgesamt gibt es etwa 70 Organisationen von Migranten aus Tadschikistan, die offiziell registriert sind. Darin engagieren sich meist Tadschiken, die bereits seit längerem in Russland leben, deren rechtlicher Aufenthaltsstatus abgesichert ist und die sich sozial und wirtschaftlich bereits etabliert haben. Für diese Gruppe von Migranten hat sich in Russland seit etwa zehn Jahren die Bezeichnung *Diaspora* durchgesetzt.

Staatliche Akteure in Russland und Tadschikistan interessieren sich zunehmend für Diasporaorganisationen. Der russische Migrationsdienst pflegt seit einiger Zeit regelmäßige Beziehungen zu ausgewählten Diasporavereinen, und in Tadschikistan wurde unlängst ein eigenes Strategiepapier zur Zusammenarbeit mit der Diaspora verfasst.

Zivilgesellschaftliche und internationale Akteure in Russland stehen zentralasiatischen Migrantens- und Diasporaorganisationen generell eher skeptisch gegenüber. Ihrer Ansicht nach gibt es eine Vielzahl stark fragmentierter Gruppen, die keine inhaltliche Agenda, keinen politischen Status und nur eine geringe organisatorische Kapazität haben. Arbeitsmigranten und Migrantensorganisationen werden als voneinander grundsätzlich verschiedene Gruppen wahrgenommen, deren Interessen und Lebenswirklichkeiten sehr weit auseinander liegen. Während die meisten Arbeiter ständig von der Ausweisung bedroht sind und am Rand der Gesellschaft verharren, sind es die Migranten mit abgesichertem Aufenthaltsstatus, die Organisationen gründen und sich gesellschaftlich engagieren. Nach Einschätzung externer Beobachter verfolgen viele Diasporavereine gegenüber Arbeitsmigranten vor allem kommerzielle Interessen. Sie tragen mit dazu bei, dass neu angekommene Migranten in einen irregulären Rechtsstatus hineingeraten oder darin verbleiben. Teilen der Diaspora sagt man sogar nach, in den Menschenhandel involviert zu sein.

Nur einige wenige Vereine genießen solch eine uneingeschränkte Anerkennung für ihre engagierte Arbeit wie die Menschenrechtsorganisation *Migration and Law* in Moskau.

Im Rahmen von Interviews mit verschiedenen tadschikischen, kirgisischen und usbekischen Diasporaorganisationen in Moskau und St. Petersburg wurde deutlich, dass die Arbeit dieser Vereine meist von Menschen getragen wird, die einen hohen Bildungsgrad haben und noch in der Sowjetzeit nach Russland gekommen sind. Sie fanden sich zunächst zusammen, um eigene kulturelle Traditionen zu pflegen und wurden erst allmählich zur Anlaufstelle für Arbeitssuchende aus ihrem Herkunftsland. Heute beraten sie diese vor allem auf individueller Ebene, teils gratis, teils kostenpflichtig. Eine gezielte Lobbyarbeit für die Rechte und Interessen der Arbeitsmigranten war nicht oder nur ansatzweise zu erkennen. Die interviewten Vereine grenzten sich teilweise auffällig stark voneinander ab und standen auch staatlichen und internationalen Akteuren zum Teil kritisch bis ablehnend gegenüber. Im folgenden Abschnitt werden drei tadschikische Diasporavereine näher vorgestellt, um einen Eindruck von ihrem Selbstverständnis und vom breiten Spektrum ihrer Aktivitäten zu vermitteln.

Verein »Tadschikische Arbeitsmigranten«, Moskau:
»Wir wollen unabhängige Hilfe für Tadschiken in Russland anbieten, damit sie keine Extremisten oder Terroristen werden.«

Die Vereinigung tadschikischer Arbeitsmigranten besteht seit 2001 und hat fast 50 Außenstellen in ganz Russland. Ihr Ziel ist es, tadschikische Migranten durch Beratung, Informations- und Medienarbeit zu unterstützen. Für den Verein arbeiten neben zahlreichen Rechtsanwälten und Journalisten etwa 150 Freiwillige. Der Verein finanziert sich durch Spenden von Geschäftsleuten und aus den Gebühren für seine Rechtsberatung. Er gibt verschiedene russisch-tadschikischsprachige Wochenzeitschriften heraus und auf seiner Webseite www.tajmigrant.com werden unter anderem Firmennamen mit der Höhe ihrer Lohnausstände gegenüber Migranten veröffentlicht. Der Vorsitzende des Vereins setzt sich offensiv mit der Diskriminierung von Tadschiken in Russland auseinander und versucht, Einfluss auf die politische Meinungsbildung von tadschikischen Arbeitsmigranten zu nehmen.

Verein der Pamir-Tadschiken »NUR«, Moskau:
»Wir sind sowohl offen für Ismailis als auch für andere Menschen aus dem Pamir.«

Der Verein wollte in seiner Anfangszeit Mitte der 1990er Jahre vor allem Pamir-Tadschiken ansprechen und ihr kulturelles und spirituelles Selbstbewusstsein stärken.

Ende der 1990er Jahre erhielt man immer mehr konkrete Anfragen von Arbeitsmigranten mit der Bitte um Unterstützung. Heute versteht sich *NUR* als Kulturverein, der sich auch für Arbeitsmigranten engagiert – durch finanzielle Hilfe in Notsituationen, Arbeitsvermittlung, Beratung, Bildung und Kultur. Der Verein hat etwa 1700 lose assoziierte Mitglieder. Er wird von der *Aga-Khan-Stiftung* finanziert, welche Angehörige der ismailitischen Religionsgemeinschaft weltweit fördert. Außerdem erhält er Spenden von russischen Banken, die auf Kulturveranstaltungen Werbung für ihre Finanzdienstleistungen machen dürfen.

Verein tadschikischer Studenten »MOST«, St. Petersburg: »Die richtigen Probleme der Arbeitsmigranten wollen und können die Diaspora-Organisationen nicht lösen. Wenn die Beratung funktionieren würde, gäbe es unseren Verein nicht.«

Dieser Verein hat sich erst kürzlich in St. Petersburg registrieren lassen und ist auf Stadtebene aktiv. Die Gründungsmitglieder sind tadschikische Absolventen von Petersburger Hochschulen. Der Verein hat etwa 300 Freiwillige. Sie organisieren ehrenamtlich Unterstützung für tadschikische Arbeitsmigranten, vor allem kostenlose medizinische Behandlung und Sprachvermittlung. Der Verein will eine Brücke sein zwischen Behörden in St. Petersburg und neu eingereisten Migranten aus

Tadschikistan. Von tadschikischen Diasporavereinen und staatlichen Stellen in Tadschikistan distanziert er sich. Derzeit sucht man nach externer finanzieller Unterstützung für größere Projekte.

Fazit

Arbeitsmigranten aus Tadschikistan agieren in Russland vor allem als Teil informeller Netzwerke. Sie erfahren in ihren Gemeinschaften sozialen Zusammenhalt und organisieren gegenseitige Unterstützung. Probleme wie Lohnausstände, Willkür staatlicher Behörden oder rassistische Diskriminierung werden dadurch zwar nicht ursächlich gelöst, aber stark abgefedert.

Privatwirtschaftliche Akteure spielen eine entscheidende Rolle bei der Aufrechterhaltung von ausbeuterischen Beschäftigungsverhältnissen im russisch-tadschikischen Migrationssystem. Die Fähigkeit und das Interesse staatlicher Akteure eine legale und sozial verantwortliche Arbeitsmigration durchzusetzen, ist hingegen stark begrenzt.

Diaspora- und Migrantenorganisationen sind teilweise sehr gut vernetzte und gesellschaftlich etablierte Akteure. Für sie stellen Arbeitsmigranten seit einigen Jahren eine wichtige Zielgruppe dar. In vielen Fällen bleibt jedoch offen, inwieweit ihr Engagement tatsächlich den Arbeitsmigranten zugutekommt oder eher dem Selbsterhalt der eigenen Organisation dient.

Über die Autorin:

Felicia Scheliga ist Ethnologin, Germanistin und Dozentin für Deutsch als Fremdsprache. Ihr Artikel basiert auf einer Pilotstudie zur tadschikischen Arbeitsmigration in Russland, die 2010/ 2011 durch die Gerda-Henkel-Stiftung und das Internationale Konversionszentrum Bonn (BICC) gefördert wurde. Im Rahmen dieser Studie führte sie Interviews mit Experten und Fokusgruppen in Tadschikistan, Moskau und St. Petersburg.

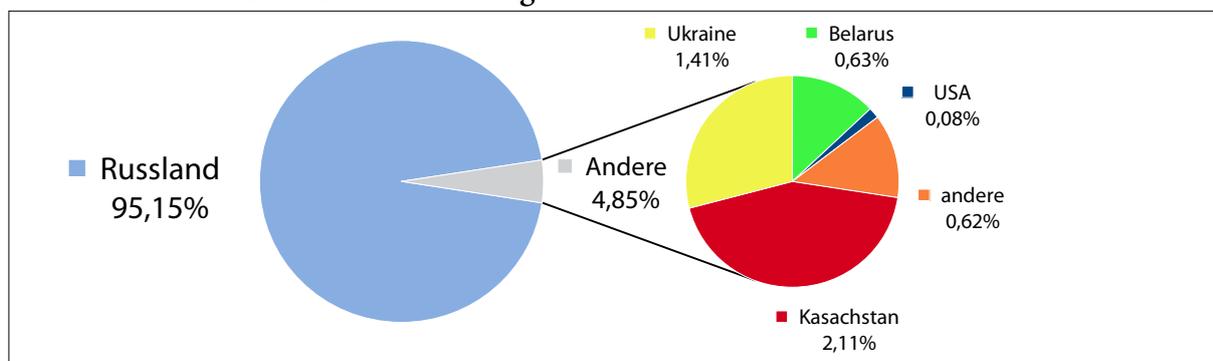
Lesetipps:

- Human Rights Watch. 2009. »Are You Happy to Cheat Us?« Exploitation of Migrant Construction Workers in Russia. HRW: New York.
- Kulaeva, Stefania. 2010. »Discrimination in the Enjoyment of Social and Economic Rights by Ethnic Minorities and Migrants in Russia«. St. Petersburg: Antidiscrimination-Centre MEMORIAL St. Petersburg.
- Kazuhiro Kumo. 2012: Tajik labour migrants and their remittances: is Tajik migration pro-poor?, *Post-Communist Economies*, 24:1, 87–109.
- Warnecke, Andrea. 2011. »Tajik Labor Migration and the Global Economic Crisis – New policy impulses or much ado about nothing?« Unveröffentlichter Forschungsbericht. Bonn: BICC.

STATISTIK

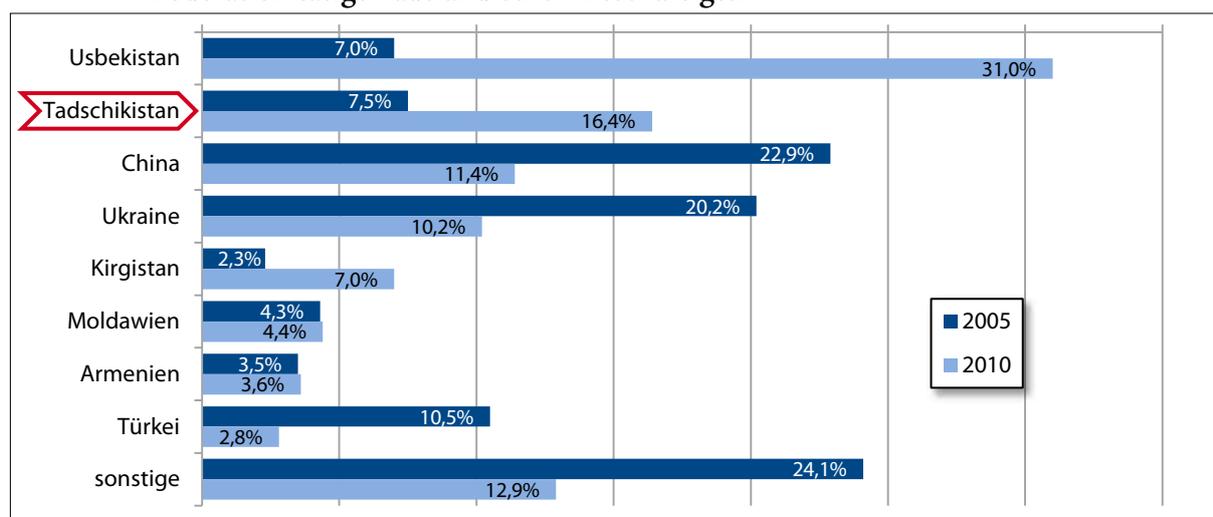
Tadschikische Arbeitsmigranten

Grafik 1: Zielländer tadschikischer Migranten 2000–2002



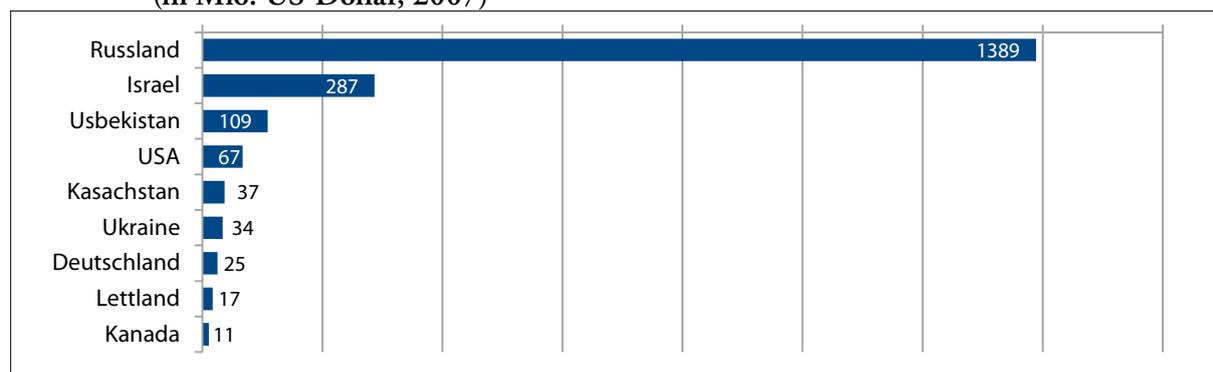
Quelle: International Organization for Migration 2010, <http://www.iom.tj/pubs/globalcrisis.pdf>

Grafik 2: Anteil einzelner Herkunftsländer an der offiziellen Gesamtzahl der in der Russischen Föderation tätigen ausländischen Beschäftigten



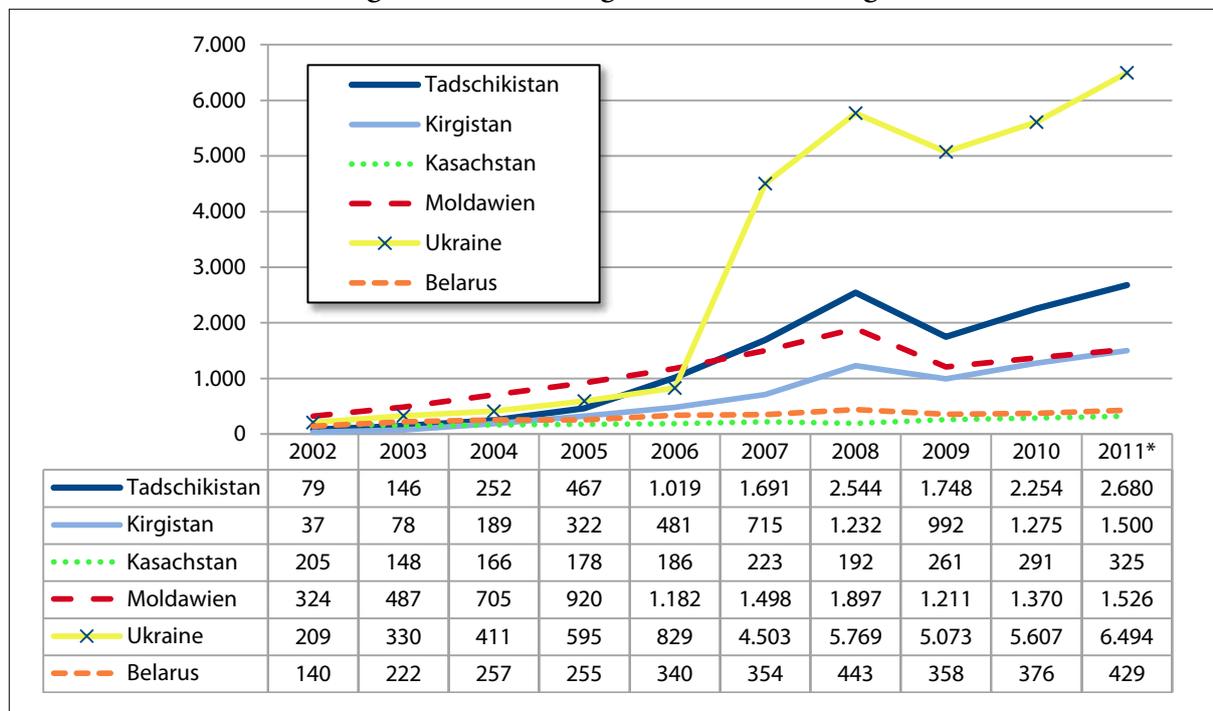
Quelle: Russischer Föderaler Migrationsdienst; Stiftung »Migration - 21. Jahrhundert« (Zusammenstellung von Olga Vendina)

Grafik 3: Rücküberweisungen tadschikischer Migranten nach Aufenthaltsland (in Mio. US-Dollar, 2007)



Quelle: World Bank Bilateral Migration and Remittances 2010 Report, Verwendung von Daten von Ratha and Shaw (2007)

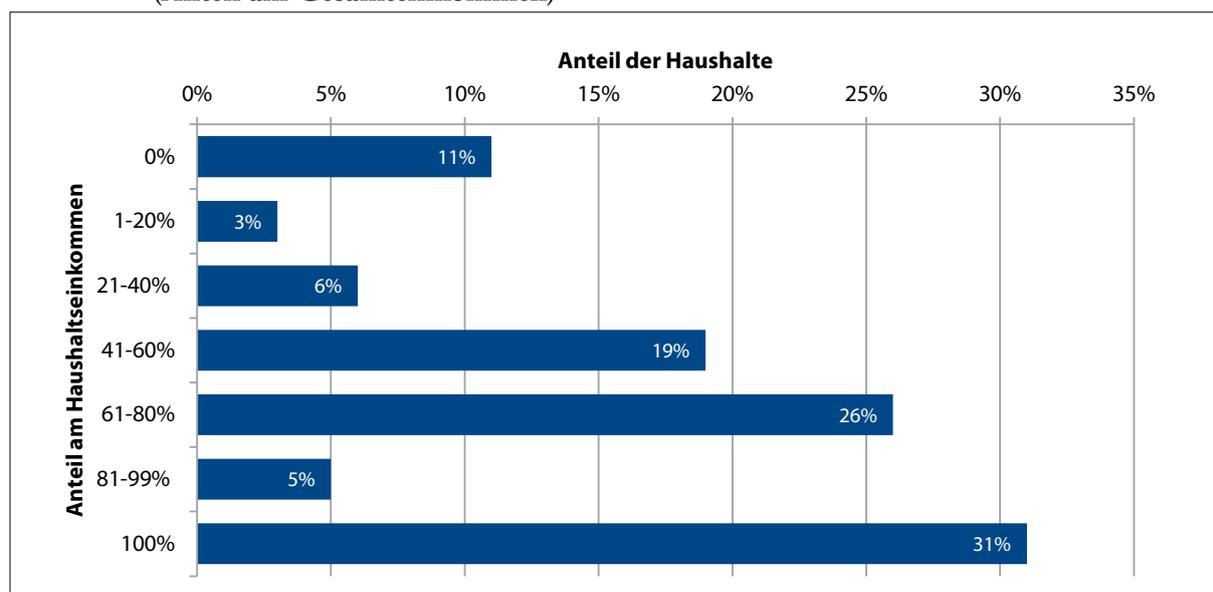
Grafik 4: Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten im GUS-Vergleich (in Mio. US-Dollar)



* Schätzung

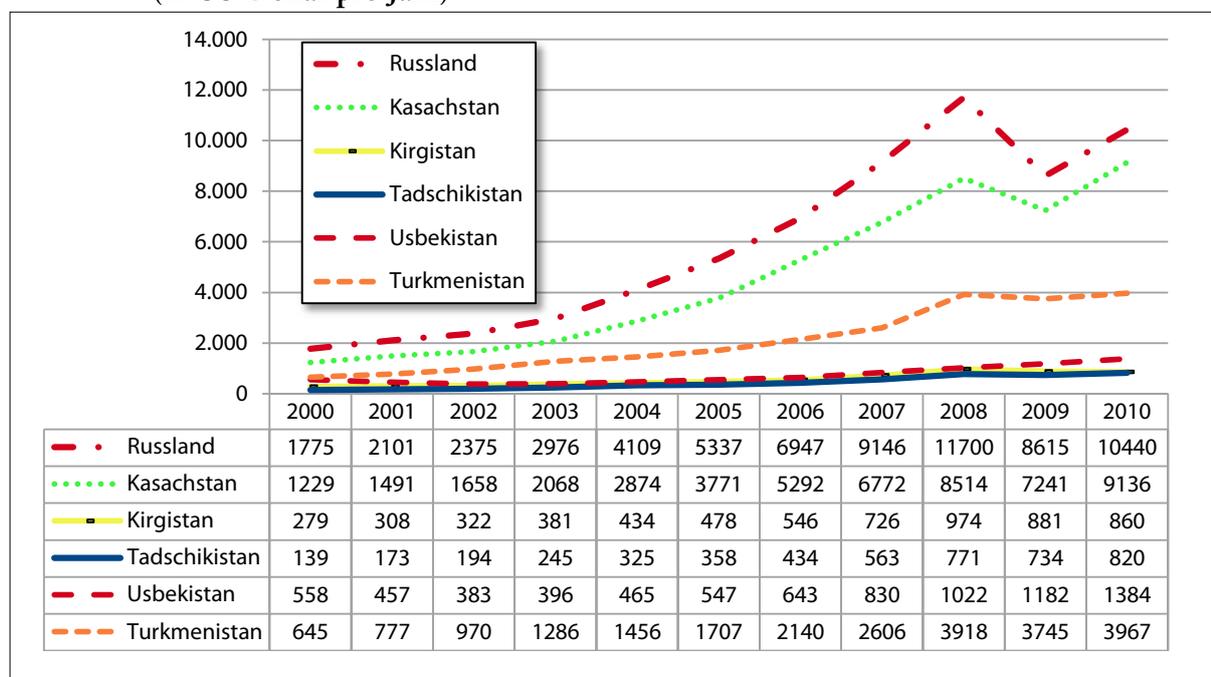
Quelle: World Bank-Schätzungen basierend auf dem Balance of Payments Statistics Yearbook 2011 des Internationalen Währungsfonds, <http://econ.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/EXTDECPROSPECTS/0,,contentMDK:22759429~pagePK:64165401~piPK:64165026~theSitePK:476883,00.html>

Grafik 5: Die Abhängigkeit tadschikischer Haushalte von Rücküberweisungen (Anteil am Gesamteinkommen)



Quelle: ILO Subregional Office for Eastern Europe and Central Asia, 2010

Grafik 6: Durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung im GUS-Vergleich (in US-Dollar pro Jahr)



Quelle: World Development Indicators 2011, World Bank, 2012: <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.CD>

Zusammengestellt von Kristina Puzarina und Ann-Catherine Roth

ANALYSE

Die Ethnisierung der Migrationsprozesse in Russland

Von Olga Vendina, Moskau

Zusammenfassung

Die ethnische Immigration nach Russland folgt einer Logik, die charakteristisch für postkoloniale Staaten ist: die wesentlichen Herkunftsländer der Immigranten sind die ehemaligen sowjetischen Republiken. Doch auch China wird immer bedeutsamer. Innerhalb zweier Jahrzehnte nach dem Zerfall der Sowjetunion hat sich die Struktur der Immigration von ethnisch motivierter Immigration (Rückführung ethnischer Russen) hin zu einer ethnischen im Sinne der Zusammensetzung der Migranten verschoben. Unter den Bedingungen der neuen politischen und sozioökonomischen Realitäten ist die Beziehung der russischen Bevölkerung zu den ethnischen Immigranten durch zahlreiche Ängste beeinflusst, insbesondere in den grenznahen Regionen und Städten, die die Migranten anziehen. Ethnische Migration wird als Bedrohung der gesellschaftlichen Sicherheit wahrgenommen, was die Forderung nach einer beschränkenden und repressiven Migrationspolitik aufkommen lässt.

Einleitung

Russland wird zunehmend als neues Immigrationsland dargestellt. Tatsächlich verfügte es zur Zeit der Sowjetunion innerhalb seiner derzeitigen Grenzen über keine

wesentliche Erfahrung mit internationaler Migration, was mit einem gut kontrollierten Zustrom ausländischer Studenten und Arbeiter hauptsächlich aus den sowjetischen Bruderstaaten verbunden war. Unter den postsow-

jetischen Bedingungen hat sich die Situation grundlegend verändert – internationale Migration ist zu einem Faktor des Alltagslebens in Russland geworden. Bei der Anzahl der im Ausland geborenen Bewohner liegt Russland nach den USA auf dem zweiten Platz, die Hauptstadt Moskau nimmt nach London und Paris in Europa den dritten Platz, weltweit den zehnten Platz ein. Diese Veränderung erscheint als tiefgehende soziale Erschütterung, wenn man bedenkt, dass der Großteil der statistischen russischen Immigranten niemals die Entscheidung zur Immigration getroffen hat, sondern durch den Zerfall ihres Landes zu Immigranten geworden ist. Heutzutage stammen die meisten der nach Russland strömenden Migranten aus den ehemaligen sowjetischen Staaten. Das Drama liegt nicht nur in der massenhaften Umsiedlung der Menschen, die schon zu Sowjetzeiten üblich war, sondern auch im Zerfall der ehemaligen Institutionen, Beziehungen und Vorstellungen.

Das Ziehen neuer Grenzen, die Veränderung der Vorstellung des Staates als »ein Land – ein Volk« und die Schaffung neuer unabhängiger Staaten, forderten von den postsowjetischen Staaten nicht nur eine praktische, sondern auch eine symbolische Trennung und haben die mit der Migration verbundenen Probleme aus der sozio-ökonomischen in die ethnopolitische Sphäre übertragen.

Zwanzig Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion bleibt die Migration das am stärksten politisierte Diskussionsthema und Migrationsprozesse werden von der Bevölkerung fast ausschließlich durch das Prisma zwischenethnischer Beziehungen wahrgenommen. Das Thema wird auch durch die gegenläufige demografische Situation verschärft: zum Nachteil der Russen und zum Vorteil der Bevölkerung der autonomen Republiken Russlands sowie der neuen Staaten Zentralasiens und des Südkaukasus. Ebenfalls wird der »demografische Druck« Chinas als dramatisch wahrgenommen.

Es wird zunehmend komplizierter, den tatsächlichen Umfang und die Bedeutung der Immigration nach Russland zu bewerten: seit 2008 berücksichtigt die Migrationsstatistik keine ethnische Zugehörigkeit mehr, sondern erfasst lediglich die Staatszugehörigkeit.

Russlands Migrationsbonus

Die Migration nach Russland hat eine weitaus längere Geschichte als die neue russische Staatlichkeit. Schon seit Mitte der 1970er Jahre richtete sich die Bevölkerungsmigration innerhalb der ehemaligen Sowjetunion hauptsächlich nach Russland aus. In dieser Zeit betrug der Migrationsbonus Russlands nach Angaben der Migrationsstatistik ca. 9 Millionen Menschen. Unter Berücksichtigung der Unzulänglichkeiten der Migrationsstatistik stimmen die meisten Experten darin überein, dass das Migrationsvolumen in den postsowjeti-

schen Jahren um das 2–3-Fache größer war als offiziell angegeben.¹ Tatsächlich betrug der Bevölkerungszuwachs 14–16 Millionen.

Infolge des Migrationsrückflusses nach Russland in der ersten Hälfte der 1990er Jahre verlor Kasachstan 12 % seiner Bevölkerung, Kirgistan 10 %, Tadschikistan 9 %, Usbekistan und Turkmenistan jeweils 5 %. Unter den Ländern des Südlichen Kaukasus hatten Armenien mit 10 % und Georgien mit 8 % die größten Verluste zu verzeichnen. Aserbaidschan verlor 7 % seiner Bevölkerung, Belarus war das einzige Land, dessen Bevölkerung infolge der Migration aus Russland um 0,2 % wuchs.

Die zentralen Motive, die die Menschen zur Umsiedlung bewegten, haben sich entscheidend verändert. Bis zur zweiten Hälfte der 1980er Jahre gehörten die Besiedlung Sibiriens und des Fernen Ostens, die akademische Migration und die Abwanderung aus den Dörfern und kleinen Städten in die Zentren zu den Hauptgründen für Migration. Immer mehr Russen kehrten aus den Republiken, wohin sie der Krieg verschlagen hatte und wo sie an großen Industriebauten gearbeitet hatten, in ihre historische Heimat zurück. Nach dem Ablauf der Arbeitsverträge siedelten sie aus dem Norden in den Süden um. Einen großen Einfluss auf die Migration hatte die Armee, derentwegen nahezu ein Drittel aller Umsiedler migrierten. Eine Rolle spielte auch der Brain-Drain aus regionalen und nationalen Zentren in die großen Verwaltungszentren der Sowjetunion, die in der Regel in Russland angesiedelt waren. Die Grenzen zwischen den Republiken und Regionen spielten keine grundlegende Rolle, sondern hatten im Alltagsleben lediglich eine formale Bedeutung. Die Betonung der ethnischen Unterschiede war nur in der kulturellen Sphäre gestattet. Obleich sowjetische moralische Vorschriften keine Lösung für ethnische Konflikte waren, konnten sie diese gleichwohl überdecken und eine Atmosphäre der Volkfreundschaft fördern. In den Jahren der Perestrojka, des Zerfalls der Sowjetunion und der Schaffung der postsowjetischen Staaten erhielt die Migration einen angespannten Charakter. Die Migranten wurden nun zu Flüchtlingen aus Gebieten bewaffneter Konflikte oder zu Umsiedlern aufgrund prekärer Lebensbedingungen.

Schaffung ethnisch-nationaler Staaten und ethnisch motivierte Migration

Obleich der Bevölkerungszustrom nach Russland am Vorabend des Zerfalls der Sowjetunion zunehmend eine ethnische Komponente erhielt, war die Migration insgesamt nicht ethnisch motiviert. Eine Ausnahme bildeten die Flüchtlinge aus den Zonen ethnischer Kon-

1 Janna Zaiontschowskaja, Galina Witkowskaja: Postsowjetskie transformazii. Otrashenie w migrazijach, Moskau 2009.

flikte (Karabach, Baku, Sumgait, Fergana). Erst nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde ethnisch motivierte Migration zu einer maßgebenden Erscheinung, die hauptsächlich mit der Abwanderung der Russen zusammenfiel. Für die ethnischen Russen in den nicht-russischen sowjetischen Republiken, kam der Statuswandel von der dominierenden Gesellschaftsgruppe hin zu einer gesellschaftlichen Minderheit unerwartet. Der Wandel der post-sowjetischen Republiken zu Nationalstaaten wurde vom einen wachsenden Nationalismus begleitet, der in einer Verdrängung der Russen aus Verwaltungspositionen und von Arbeitsplätzen mündete.

Bevölkerungsumfragen, die zwischen 1993 und 1995 durchgeführt wurden, zeigten, dass die Ansicht, dass Russland und den Russen in der Entwicklung anderer Völker der ehemaligen Sowjetunion eine fortschrittliche Rolle zukomme, überwiegend von den Russen selbst vertreten wurde, während andere Völker einen diametral gegensätzlichen Standpunkt vertraten. Als eine für die Russen negative Entwicklung erwies sich die Marginalisierung der russischen Sprache. Die überwältigende Mehrheit der Russen beherrschte die nationalen Sprachen nur schlecht. Die schlechtesten Ergebnisse wies Kasachstan auf (0,9 %), wo die russische und russischsprachige Bevölkerung über die Hälfte der Bewohner ausmachte, die besten Ergebnisse erzielten Lettland (38 %) und Armenien (34 %). Zu den Sprachschwierigkeiten kamen Probleme mit dem Erhalt der Staatsbürgerschaft und andere Formen rechtlicher Diskriminierung aufgrund ethnischer Merkmale hinzu. Unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise, der Unsicherheit über die Zukunft und der Angst vor dem Verlust des Kontakts zu Verwandten und Freunden in Russland, erwies sich der ethnische Faktor als mächtige Schubkraft, die zur Abwanderung von Millionen Russen führte. Doch auch der Ausbruch von Nationalismus und ethnische Konflikte trugen zu der Emigration von Gruppen nach Russland bei, die außerhalb der Territorien ihrer »Titulnation« lebten. In den 2000er Jahren ging der Anteil der ethnisch motivierten Migration drastisch zurück.

Von der ethnisch motivierten zur ethnisch heterogenen Migration

Der Migrationszufluss nach Russland, der sich aus dem postimperialen Raum und den angrenzenden Ländern zusammensetzt, war immer multiethnisch in seiner Zusammensetzung, doch war dies stets eine statistisch erfasste Multiethnizität. In Wirklichkeit trugen zu diesen Zahlen im Wesentlichen Russen, andere Völker Russlands, Ukrainer, Weißrussen und Moldawier bei. Die Auswanderer aus dem Kaukasus, aus Zentralasien oder China stellten, auch wenn sie als Teil des ethnischen Migrationsspektrums betrachtet wurden, eine Minder-

heit von nicht mehr als 15 % dar. Eine klar neue Tendenz trat 2005/ 2006 in Verbindung mit dem drastischen Wachstum der Migrationsaktivität der zentralasiatischen Republiken auf. Die Rekrutierung zentralasiatischer Arbeiter in den Bereichen Bau und kommunale Dienstleistungen verlief anfangs auf offiziellem Wege und später auch in Form einer inoffiziellen und nicht dokumentierten Arbeitsmigration. Zentralasien wandelte sich zur wesentlichen Entsenderegion für Arbeitskräfte. Im Jahr 2007 lag Usbekistan unter diesen Herkunftsländern auf dem ersten Platz: jeder fünfte ausländische Arbeiter in Russland, in 2009/2010 bereits jeder dritte stammte aus Usbekistan. Tadschikistan trägt 16 % und Kirgistan 7 % bei. In der Gesamtheit stammt die Hälfte aller Arbeitsmigranten in der Russischen Föderation aus den zentralasiatischen Ländern. Wenn früher überwiegend Russen, Tataren, Deutsche und Koreaner die zentralasiatischen Länder verließen, so sind es seit 2007 in erster Linie die dort heimischen Völker.

Die Arbeitsmigration aus den zentralasiatischen Ländern nach Russland hat die Bedeutung von Arbeitskräften aus der Ukraine und China erheblich verringert – bis 2006 waren sie die zentralen Herkunftsländer von Arbeitskräften und befreiten Russland zeitweilig von der Notwendigkeit, in den GUS-Staaten nach Arbeitsmigranten zu suchen. Ungeachtet dessen bleibt China eines der wichtigsten Entsendeländer für den russischen Arbeitsmarkt. Die jährliche Anzahl der Chinesen, die zur Arbeit oder zum Studium nach Russland kommen, liegt stabil bei 200.000 bis 260.000. Eine Verschärfung der Grenz- und Migrationskontrollen ermöglichte die Reduzierung des Schattenanteils der chinesischen Migration und Beschäftigung, nichtsdestoweniger bleiben die Probleme bestehen. Nach Schätzung der Experten übersteigt die Zahl der Chinesen in Russland die offiziellen Angaben um das 2- bis 2,5-Fache. Die Anwesenheit der Chinesen ist insbesondere hinter dem Ural, in den südlichen Regionen Sibiriens, in der Baikalregion und im Fernen Osten sichtbar, wo sie gut die Hälfte der ausländischen Arbeitskräfte stellen. Indessen arbeiten Chinesen in fast allen Regionen Russlands.

Alle angegebenen Daten über die ethnische Struktur des Migrationszuflusses nach Russland beziehen sich auf entsprechende Dokumentationen, welche die Realität jedoch nicht in ihrer Gänze widerspiegeln. Nach Angaben des Föderalen Migrationsdienstes (FMS) hatten von 9,1 Millionen registrierter Migranten im Jahr 2010 1,3 Millionen eine offiziellen Arbeiterlaubnis, 4 Millionen gaben als Motiv persönliche Gründe, eine ärztliche Behandlung oder ihre Ausbildung an, obgleich ein Teil dieser Menschen mit dem Ziel des Geldverdienens immigrierte. Über die Tätigkeiten von 3,8 Millionen Migranten ist nichts bekannt. Zusätzlich halten

sich 600.000 bis 700.000 Immigranten mit ständigem Wohnsitz im Land auf und nicht weniger als eine Million arbeitete und lebte ohne Registrierung und Arbeitserlaubnis.

Der Wandel der ethnischen Struktur des Migrationszuflusses nach Russland – von einer überwiegend russischen hin zu einer ethnisch heterogenen Zusammensetzung – wirkte sich auch auf den qualitativen Charakter der Migration aus. Das kollektive Profil der Migranten verschob sich hin zu einem ärmeren, weniger gebildeten und beruflich schlechter vorbereiteten Teil des sozialen Spektrums. An die Stelle der Bewohner großer Städte traten Emigranten aus kleinen Städten und vom Land, die die russische Sprache nur schlecht beherrschen.

Für die meisten Arbeitsmigranten ist die Beschäftigung in Russland ein langfristiges Projekt: lediglich ein Drittel von ihnen reist für nur eine »Saison« ein. Die Mehrheit verbringt den größten Teil des Jahres in Russland, und etwa ein Viertel lebt dauerhaft dort. Viele haben ihre Familie mitgebracht bzw. sie in Russland gegründet und betrachten Russland als ihren dauerhaften Aufenthaltsort. Es haben sich Migrantennetze gebildet, die für die Rekrutierung neuer Arbeiter, ihre Registrierung und Einreise nach Russland, für Kontakte zu den Rechtsorganen und den Verwaltungen und für die Überweisung von Geldern in die Heimat sorgen. Es wurden Migrations-Gesellschaften und ethnische Rechtsschutzorganisationen gegründet.

Die Wahrnehmung der ethnischen Migration

Den Angaben vieler Umfragen zufolge, die im Laufe bereits vieler Jahre geführt wurden, sieht etwa ein Drittel der russischen Staatsbürger Immigration und Immigranten negativ. Im Jahr 2011 waren sogar 58 % der Russen bereit, die Losung »Russland den Russen« zu unterstützen. Wie Putin in seinem programmatischen Vorwahl-Artikel konstatierte, ist dies mit der nationalen Frage verbunden: »Die Menschen sind schockiert über den aggressiven Druck auf ihre Traditionen, die gewohnte Lebensordnung und Bedrohungen, die zum Verlust der national-staatlichen Identität führen könnten.«² Es ist zu ergänzen, dass mit Migranten viele negative Entwicklungen assoziiert werden, einschließlich eines Anstiegs von Verbrechen und die Erhöhung der Preise auf den Märkten. Sogar die Rückkehr von Russen ruft bei gut 10 % der russischen Staatsbürger ablehnende Emotio-

nen hervor. Besonders negativ werden aber die Chinesen wahrgenommen, sowie Angehörige der Völker des Kaukasus und Zentralasiens.

Die zunehmende ethnische Diversität der Migranten und die Unsicherheit über das Ausmaß nicht erfasster Migration brachten viele Mythen über eine ethnische »Invasion« nach Russland hervor. Das Ausmaß der ethnischen Migration wird stark übertrieben. Das Ausmaß der Übertreibung spiegelt die jeweiligen »Ängste« gegenüber einzelnen Migrationsgruppen wider. So wurde von der russischen Bevölkerung in einer repräsentativen Umfrage im Jahre 2006 die Zahl der chinesischen Migranten im Lande im Durchschnitt um den Faktor 885 überschätzt, was auf das Dauerthema einer möglichen territorialen Expansion zurückzuführen ist. An zweiter Stelle liegen die Tschetschenen, deren Anteil um das 120-fache überschätzt wird. Die Zahlen für Migranten aus Zentralasien und auch Aserbaidschan werden um das 30- bis 50-fache überschätzt.³

Das schnelle Wachstum der Anzahl ethnischer Gruppen in den Migrationsströmen ist besonders auffällig in den Grenzgebieten und den großen Städten. Moskau und seine Vorstädte beherbergen die Hälfte aller Immigranten in Russland. Im Rating der Moskauer Probleme rangiert das zahlenmäßige Wachstum der ethnischen Migranten dauerhaft auf dem 3. oder 4. Platz und übertrifft damit die Probleme Armut, schlechte medizinische Versorgung oder den kommunalen Haushalt bei weitem. Die größten Ängste vor ethnischer Migration sind unterdessen nicht für jene Orte kennzeichnend, die die Immigranten anziehen, sondern für deren benachbarte Territorien. Je mehr eine Region oder Stadt ethnisch homogen erscheint, desto stärker sind die geäußerten Befürchtungen.

Das Streben nach Präventivmaßnahmen gegen die »heraufziehende Bedrohung« wird durch die Ungewissheit der Zukunft verstärkt und zwingt die Menschen dazu, vom Staat diskriminierende Maßnahmen gegen die Migranten und eine einschränkende Migrationspolitik zu fordern. Die Position der Mehrheit der Russen steht im Widerspruch zu den Bedürfnissen der russischen Wirtschaft und den demografischen Problemen. Dieser Widerspruch führt zu einer inkonsequenten Politik, die entweder nach den Notwendigkeiten der demographischen Entwicklung und des Arbeitsmarktes handelt, oder der erhitzten öffentlichen Meinung folgt.

Übersetzung: Kristina Puzarina und Ann-Catherine Roth

Über die Autorin:

Dr. Olga I. Vendina ist leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin des Geografischen Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften.

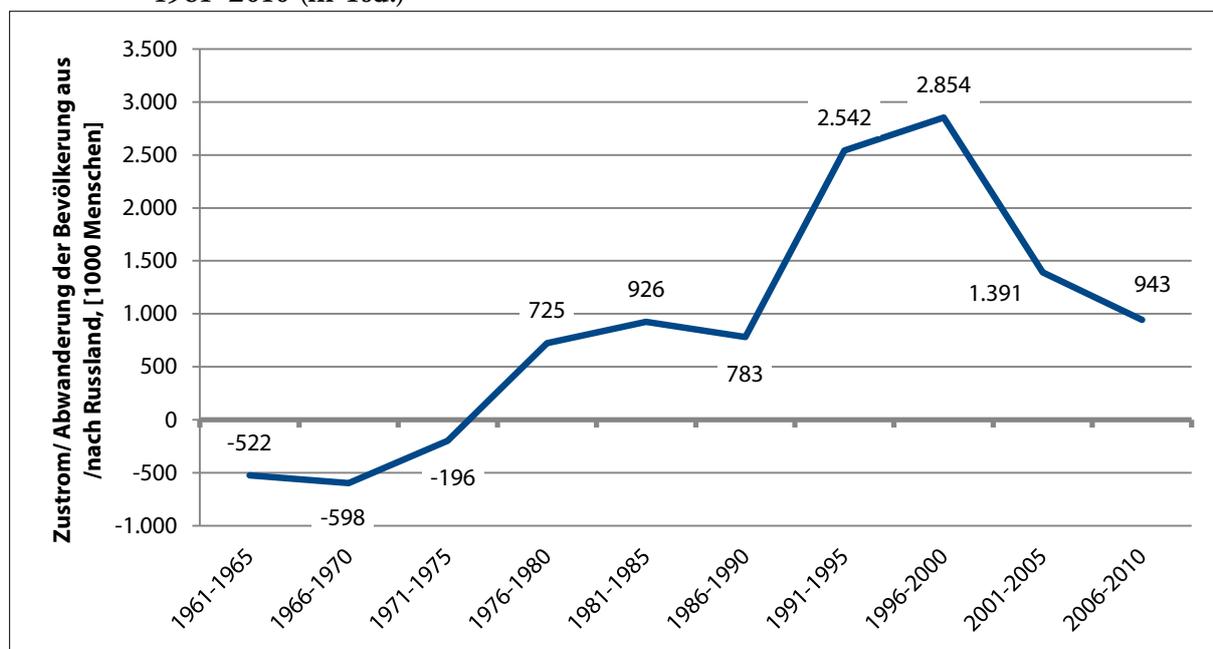
2 Wladimir Putin: Rossija. Nazionalnij wopros, Nezawisimaja gazeta 23.01.2012, http://www.ng.ru/politics/2012-01-23/1_national.html

3 Michail Alekseew: Wosprijatie masschabow migracii w Rossii, Westnik obschtschestwennogo mnenija No. 84 (2006), S.44–55.

STATISTIK

Netto-Migration zwischen Russland und den ehemaligen Sowjetrepubliken

Grafik 1: Netto-Migration zwischen Russland und den ehemaligen Sowjetrepubliken 1961–2010 (in Tsd.)

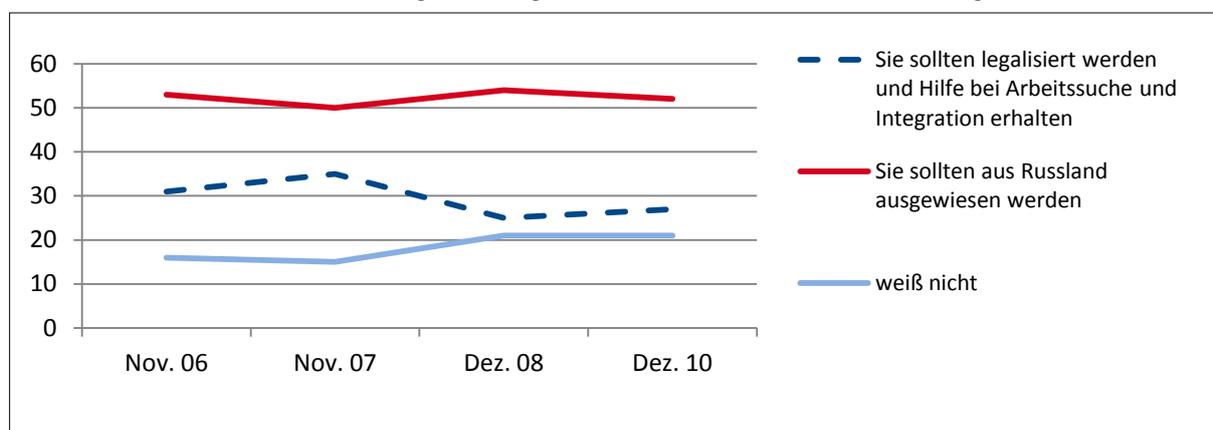


Quelle: Rosstat. *Naselenie Rossii, eshegodnij demografitscheskij doklad, 17. Wypuskov s 1993 po 2011.*

UMFRAGE

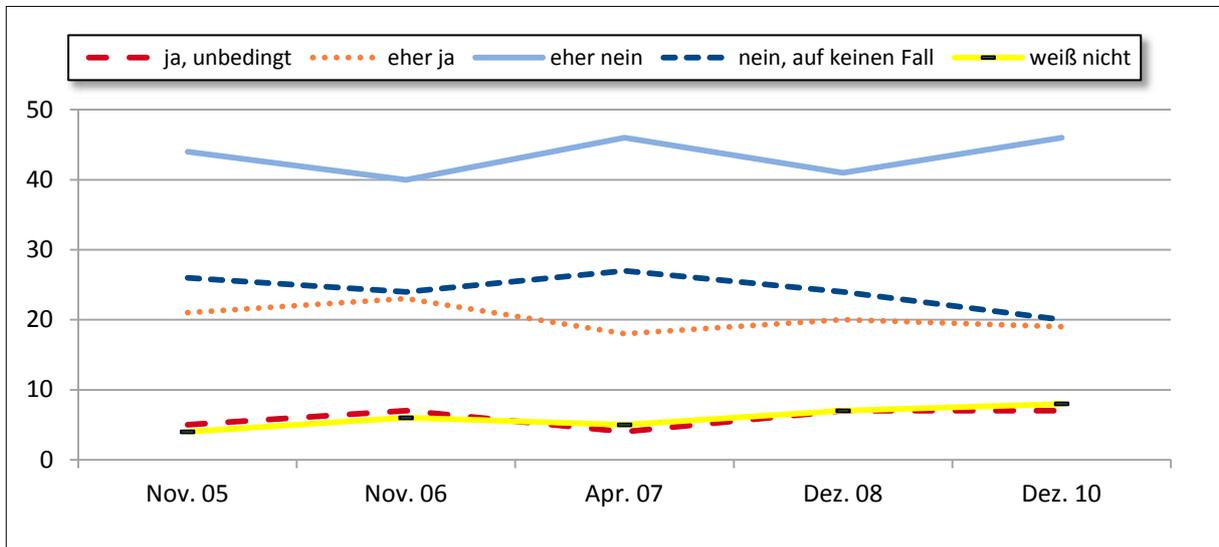
Die Einstellung der russischen Bevölkerung zu Arbeitsmigranten

Grafik 1: Was sollte mit den illegalen Migranten aus dem »nahen Ausland« geschehen?



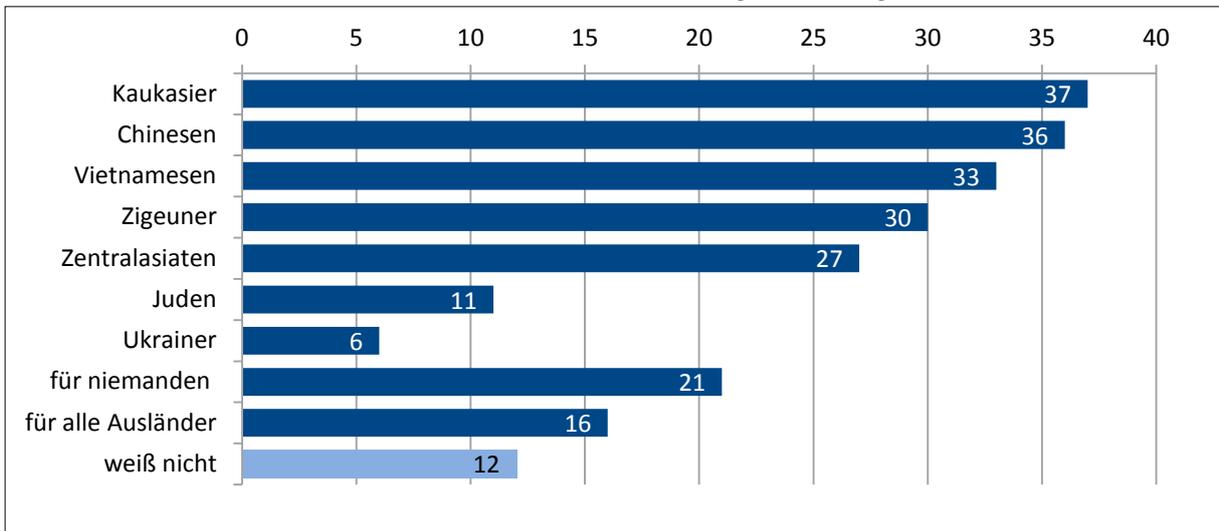
Quelle: repräsentative Umfragen des Levada-Zentrums, <http://www.levada.ru/archive/mezhetniceskie-otnosheniya/chto-sleduet-delat-s-nelegalnymi-immigrantami-iz-stran-blizhnego>

Grafik 2: Spüren Sie in Ihrer Stadt/ Ihrer Region interethnische Spannungen?



Quelle: repräsentative Umfragen des Levada-Zentrums, <http://www.levada.ru/archive/mezhetnicheskie-otnosheniya/oshchushchaetsya-li-seichas-v-tom-gorode-raione-gde-vy-zhivete-m>

Grafik 3: Sollte es für Angehörige der folgenden Nationalitäten eine Einschränkung des Aufenthaltsrechts auf russischem Territorium geben? (August 2010)



Quelle: repräsentative Umfragen des Levada-Zentrums, <http://www.levada.ru/archive/mezhetnicheskie-otnosheniya/sleduet-li-ogranichit-prozhivanie-na-territorii-rossii-lyudei-sl>

Zusammengestellt von Kristina Puzarina und Ann-Catherine Roth

Russisch-tadschikischer Konflikt 2011

Von Kristina Puzarina und Ann-Catherine Roth, Bremen

Einleitung

In Moskau und anderen russischen Städten wurden ab dem 11. November 2011 gezielt Razzien gegen illegale Arbeitsmigranten durchgeführt, innerhalb einer Woche kam es zu mehr als 1.500 Verhaftungen tadschikischer Gastarbeiter sowie zu zahlreichen Ausweisungen. Tadschikische Migranten, so hatte Konstanin Romodanowski, der Leiter der Föderalen Migrationsbehörde (FMS), Präsident Dmitrij Medwedew mitgeteilt, seien für den Großteil der Verstöße gegen die Einwanderungsgesetze verantwortlich.

Das entschiedene Vorgehen gegen illegale tadschikische Arbeitsmigranten geschah nahezu zeitgleich mit der Verurteilung zweier russischer Staatsbürger in Tadschikistan zu langjährigen Haftstrafen. Zwei russische Piloten waren nur wenige Tage zuvor in Duschanbe (Tadschikistan) wegen unrechtmäßiger Grenzübertretung, Verletzung der Fluggesetze und Schmuggels zu achteinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Dies führte zu diplomatischen Spannungen zwischen Russland und Tadschikistan und ließ im Mediendiskurs Spekulationen über einen Zusammenhang der Ereignisse lautwerden. Einen Überblick über die Ereignisse gibt die Chronik am Ende dieser Dokumentation.

Offizielle Stellungnahmen

Eine politische Dimension der Ereignisse wurde sowohl von russischer als auch von tadschikischer Seite offiziell bestritten. Während russische Amtsträger die Verurteilung der Piloten als unangemessen und nicht rechtmäßig kritisierten, lehnte Tadschikistan jeglichen Zusammenhang des Gerichtsprozesses mit den zwischenstaatlichen Beziehungen ab und berief sich auf den verfassungsgemäßen Umgang mit Straftaten.

Erstmals nahm die russische Regierung am 9. November 2011 Stellung zu den Ereignissen. Außenminister Sergej Lawrow brachte in einem offiziellen Telefongespräch mit seinem tadschikischen Amtskollegen Hamrohon Sarifi seine Empörung über die Verurteilung der Piloten zum Ausdruck. Diese sei, so die auf der Homepage des russischen Außenministeriums veröffentlichte Stellungnahme, aufgrund des Fehlens überzeugender Beweise nicht rechtmäßig. Darüber hinaus habe Tadschikistan die bilaterale Konvention verletzt, indem das tadschikische Außenministerium die russische Seite nicht innerhalb der vereinbarten Frist über die Verhaftungen informiert habe.¹

Ebenfalls am 9. November äußerte sich Präsident Dmitrij Medwedew im Rahmen einer Pressekonferenz zu der Angelegenheit. Auf die Frage nach der bevorstehenden russischen Reaktion erklärte er:

Ich habe bereits gestern alle staatlichen Strukturen beauftragt, sich gründlich mit diesem Fall zu befassen: sowohl das Außenministerium, als auch die Rechtsschutzorgane und das Justizministerium. (...)

(...) erwarten wir nun die offizielle Antwort der offiziellen Behörden, mit denen wir partnerschaftliche Beziehungen unterhalten, und anschließend werden wir Entscheidungen treffen. Und diese Entscheidungen können in Abhängigkeit von der Antwort unterschiedlich ausfallen: sie können symmetrisch oder asymmetrisch sein – und dann sehen wir, wie es sich weiter entwickelt.²

Zugleich lehnte Medwedew jedoch sämtliche in den Medien diskutierten Spekulationen über einen Zusammenhang zwischen der Affäre um die verurteilten Piloten und dem entschiedenen Vorgehen der russischen Migrationsbehörde gegen tadschikische Arbeitsmigranten ab.

(...) ich sehe hier keinerlei Kampagne. Es ist so, dass es Aufgabe der Migrationsbehörde ist, sich um den Gesamtzustand der Migration im Land zu kümmern. (...) Ich denke, dies muss nicht periodisch, sondern permanent erfolgen. Den Umstand, dass dies mit den bekannten Ereignissen zusammenfiel, betrachten Sie bitte lediglich als einen Zufall. (...)³

1 Offizielle Homepage des Außenministeriums der Russischen Föderation: *Pressemitteilung über das Telefongespräch zwischen dem Außenminister der Russischen Föderation S. Lawrow und dem Außenminister Tadschikistans H. Sarifi*, 1733, 09.11.2011; http://www.mid.ru/brp_4.nsf/newsline/4C9A8CB45C988153442579430057D122.

2 Offizielle Homepage des Präsidenten der Russischen Föderation: *Dmitrij Medwedew traf sich mit seinen Anhängern – den Vertretern der Netzgemeinde*, 09.11.2011; <http://kremlin.ru/news/13443>.

3 Offizielle Homepage des Präsidenten der Russischen Föderation: *Antworten auf die Fragen der Journalisten nach Abschluss des Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsförums (APEC), Honolulu*, 14.11.2011; <http://kremlin.ru/news/13514>.

Der russische Botschafter in Tadschikistan Juri Popow äußerte im Gespräch mit dem stellvertretenden Innenminister Tadschikistans Mahmudschon Sobirow die Hoffnung auf eine baldige Lösung der Situation.

Die offizielle Reaktion des tadschikischen Präsidenten Emomali Rahmon beschränkte sich auf die Aussage, das Problem müsse diplomatisch gelöst werden:

Wir müssen diese Angelegenheit auf dem diplomatischen Weg lösen, aber im Rahmen der verfassungsmäßigen Gesetze Tadschikistans, und so, dass sie die partnerschaftlichen und strategischen Beziehungen mit Russland nicht vergiftet.⁴

Darüber hinaus drückte der Stellvertretende Außenminister Mahmudschon Sobirow sein Bedauern über die Politisierung der Ereignisse aus:

(...) einseitige und vorurteilsbehaftete Darstellungen der Situation seitens der russischen offiziellen und unabhängigen Medien entsprechen nicht dem Geist einer strategischen Partnerschaft, und der guten und freundschaftlichen Beziehung, die zwischen Russland und Tadschikistan besteht.⁵

Pressestimmen

Sowohl in der russischen als auch in der tadschikischen Presselandschaft finden sich unterschiedlichste Darstellungen und Interpretationen der russisch-tadschikischen Affäre.

Die russische Tageszeitung *Moskowskij Komsomolets* (MK) kommt – maßgeblich auf der Grundlage durch die russische Migrationsbehörde (FMS) bereitgestellter Informationen und Stellungnahmen, aber auch aufgrund eigener Recherche – zu dem Schluss, ein Zusammenhang zwischen der Verurteilung der Piloten und dem entschiedenen Vorgehen gegen tadschikische Arbeitsmigranten bestehe nicht. Stattdessen sei die Situation als ein Aufeinandertreffen von Zufällen zu beurteilen. Viele Medien übertrieben und skandalisierten den Fall.

Es hat sich herausgestellt, dass die Situation in hohem Maße aufgebauscht wurde. Man hat einfach beschlossen, aus einem passenden Zufall das Maximum herauszuholen. Aber die Träume der Nationalisten von einer »Säuberung« der Stadt werden nicht wahr werden. (...)

Es existieren im Allgemeinen weder Xenophobie noch asymmetrische Antworten der russischen Machthaber.⁶

Die gesamte Situation und die Abschiebung der tadschikischen Gastarbeiter, so die Zeitung, habe die tadschikische Seite lediglich zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele benutzt.⁷

Am gleichen Tag stellte der *Kommersant* unter Verweis auf eine anonyme Quelle im russischen Innenministerium (MID) eine Verbindung zwischen der Verurteilung der russischen Piloten und den verstärkten Razzien her. Diese seien Teil der durch Präsident Medwedew angekündigten »asymmetrischen Antwort«⁸ auf das unrechtmäßige Vorgehen gegen die Piloten. Des Weiteren zitiert der *Kommersant* Fedor Lukianow, Chefredakteur der Zeitschrift *Russland in der globalen Politik*, der diese Einschätzung der Situation teilt:

Die antitadschikische Kampagne wird an dem Tag enden, an dem Duschanbe den Piloten ihre Freiheit garantiert. Die russische Seite versteht, dass sie selbst eine solche Resonanz [...] nicht gebrauchen kann und ist daher daran interessiert, diesen Skandal zu beenden.⁹

Auch *Wedomosti* spekuliert, Russland benutze das Vorgehen gegen die Arbeitsmigranten als gezieltes Druckmittel, um auf eine Freilassung der beiden Piloten hinzuwirken.¹⁰

4 BBC Russland: *Rahmon übernimmt die Kontrolle in der Angelegenheit der verurteilten Piloten*, 13.11.2011: http://www.bbc.co.uk/russian/international/2011/11/111112_tajikistan_president_pilots.shtml.

5 Offizielle Homepage des Außenministeriums Tadschikistans: *Treffen des Ersten Stellvertretenden Außenministers Tadschikistans mit dem Botschafter der Russischen Föderation in Tadschikistan*, 18.11.2011; <http://www.mfa.tj/index.php?node=news&dt=1321574400&id=3529>.

6 *Moskowskij Komsomolets*, 12.11.2011, Nr. 25795, Reporter MK: *Die letzte tadschikische Warnung. Gibt es eine Verbindung zwischen der Ausweisung der Illegalen aus Moskau und der Verurteilung der russischen Piloten in Duschanbe?*; <http://www.mk.ru/politics/article/2011/11/11/642249-poslednee-tadzhikoe-preduprezhdenie.html>.

7 Ebd.

8 *Kommersant*, 12.11.2011, Nr. 212, A. Kosenko, L. Grusdewa, E. Tschernenko: *Tadschikische Migranten werden aus Russland ausgewiesen*; <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1815409>.

9 *Kommersant*, 14.11.2011, Nr. 212: *Die Tadschiken bekommen ihren Platz zugewiesen. Moskau zwingt Duschanbe, sich in das Gerichtsverfahren gegen die russischen Piloten einzumischen*; <http://kommersant.ru/doc/1815716>.

10 *Wedomosti*, 16.11.2011: *Zahl der Woche: 297 Tadschiken*; http://www.vedomosti.ru/newspaper/article/271162/297_tadzhikov.

Bereits am 13. November 2011 beleuchtet die *Komsomolskaja Prawda* einen weiteren Aspekt des Falles und bringt damit eine neue mögliche Interpretation der Ereignisse ins Spiel. Im Jahr 2010 waren in Moskau vier junge Tadschiken wegen eines Drogendeliktens zu neuneneinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Darunter befand sich auch der Sohn des Leiters der Tadschikischen Eisenbahn, der zugleich ein Verwandter des tadschikischen Präsidenten Rahmon ist. Inoffizielle Bemühungen um die Freilassung der Inhaftierten waren erfolglos geblieben. Ein halbes Jahr nach der Verurteilung der Tadschiken waren die russischen Piloten verhaftet worden.¹¹ Die Tatsache, dass die tadschikischen Inhaftierten nur einen Monat nach der Erteilung der Amnestie für die russischen Piloten freigelassen wurden, trägt zur Plausibilität dieser Interpretation der Zusammenhänge bei.¹²

Auch in Tadschikistan löste die Affäre einen Mediendiskurs aus, im Rahmen dessen tadschikische Experten unterschiedliche Einschätzungen vornahmen. Die tadschikische Nachrichtenagentur Avesta.tj veröffentlichte am 23.11.2011 ein Interview mit dem Vorsitzenden der Nationalen Assoziation der Politologen Tadschikistans Abdugani Mamasimov, in dem er die »asymmetrischen Maßnahmen« des Kremls als Generalprobe für weitere Schritte beurteilte.

Eine »strategische Partnerschaft« [zwischen Russland und Tadschikistan] besteht nur auf dem Papier. (...) Der Fall der Piloten wurde zum Vorwand für die Ausübung von Druck zur Erreichung der [russischen] Ziele in Tadschikistan. Zum Beispiel war die Frage der russischen Grenzwachen bereits entschieden, und nun will Russland das Versäumte nachholen, indem es alle möglichen Methoden für eine Rückkehr nach Amudaria nutzt, um dann durch die Länder Zentralasiens weiter an die warmen Meere zu gelangen.¹³

Der unabhängige Sozialwissenschaftler Rustam Safarov verweist auf den Zusammenhang der russischen Reaktion mit dem Wahlkampf im Vorfeld der russischen Parlamentswahlen, der sich zum Zeitpunkt der Affäre in seiner entscheidenden Phase befand. Nachdem der Fall der verurteilten Piloten zunächst auf die Initiative von Kremlgegnern hin in die Medien gelangte, habe sich die Situation schnell grundlegend gewendet.

Der Kreml hat die Bedeutung und Ernsthaftigkeit des Vorwahl-Moments verstanden und die Initiative ergriffen. (...) Die Interessensgemeinschaft im Kreml war mit ihren Stellungnahmen und den verfälschten, falsch verbreiteten Darstellungen nicht zögerlich, und hat einen massiven Angriff auf den tadschikischen Staat begonnen, [...], um die gesellschaftliche Meinung für konkretere Maßnahmen der Machthaber vorzubereiten. (...) Wie auch immer, das Spiel ist noch nicht vorüber, vor allem für Russland. Mit seinem Handeln hat es erneut sein wahres Gesicht gezeigt und deutlich gemacht, dass es nicht als gewissenhafter Partner gelten kann.¹⁴

Wie sehr die Affäre den bilateralen Beziehungen zwischen Russland und Tadschikistan geschadet hat, ist bisher nicht abzusehen. Ein langfristig entschiedenes Vorgehen der russischen Behörden gegen (tadschikische) illegale Arbeitsmigranten wäre für die tadschikische Volkswirtschaft verheerend. In Anbetracht des russischen Bedarfs an billigen Arbeitskräften und der Tatsache, dass zentralasiatische Arbeitsmigranten eine wichtige Alternative zu chinesischen Arbeitskräften darstellen, ist ein solches Vorgehen allerdings unwahrscheinlich. Wirtschaftliche Erwägungen Moskaus dürften gegenüber nationalistischen Stimmungen letztlich auch weiterhin dominant bleiben.

11 Komsomolskaja Prawda, 13.11.2011, N° 168: *Wurden die russische Piloten in Tadschikistan verurteilt, um einen Austausch mit den tadschikischen Drogendealern zu ermöglichen?* <http://www.kp.ru/daily/25785.4/2768574/>.

12 Kommersant, 10.01.2012, N°4786: *Russland spricht den Sohn des tadschikischen Beamten frei:* <http://www.kommersant.ru/doc/1848052/print>.

13 Avesta.tj, 23.11.2011: »Asymmetrische Maßnahmen« des Kremls – eine Generalprobe vor der Ergreifung konkreter Maßnahmen, so der Leiter der Nationalen Assoziation der Politologen Tadschikistans (NAPT): <http://www.avesta.tj/government/10310-assimetrichnye-mery-kremlya-eto-generalnaya-repeticiya-pered-konkretnymi-deystviyami-glava-napt.html>.

14 Avesta.tj, 17.11.2011: *Russland – Tadschikistan: Die Schachpartie ist noch nicht vorüber. Die Figuren erwarten den nächsten Schritt:* <http://www.avesta.tj/government/10250-rossiya-tadzhikistan-shahmatnaya-partiya-ne-zakonchena-figury-v-ozhidanii-ocherednogo-hoda.html>.

Chronik des Konfliktes

Vom 12. März 2011 bis zum 09. Dezember 2011

12.03.2011	Zwei Maschinen der russischen Fluggesellschaft Rolkan Investments Ltd erreichen aus Kabul den Flughafen der tadschikischen Stadt Kurgan-Tiube zur Zwischenlandung. Die beiden Piloten Vladimir Sadownitschi (RUS) und Alexej Rudenko (EST) werden zusammen mit der Crew in Untersuchungshaft genommen. Ihnen wird unrechtmäßige Grenzübertretung, Verletzung der internationalen Fluggesetze und Schmuggel vorgeworfen.
12.05.2011	Gegen die beiden Piloten Sadownitschi und Rudenko wird Haftbefehl erlassen. Der Rest der Crew wird aus der Untersuchungshaft entlassen.
16.05.2011	Die Fluggesellschaft Rolkan wendet sich an die russische Botschaft in Tadschikistan.
31.05.2011	Die tadschikischen Behörden setzen das russische Außenministerium offiziell über die Verhaftung der Piloten in Kenntnis.
12.10.2011	Beginn des Gerichtsverfahrens gegen die angeklagten Piloten.
25.10.2011	Der Vorfall wird erstmals in russischen Medien thematisiert. In einem Interview mit Echo Moskwy äußert sich der Sohn Sadownitschis.
08.11.2011	Die beiden Piloten werden durch das Gericht in Kurgan-Tiube wegen unrechtmäßiger Grenzübertretung, Verletzung der internationalen Fluggesetze und Schmuggel zu achteinhalb Jahren Haft verurteilt.
09.11.2011	In einem Telefonat mit dem tadschikischen Außenministerium wirft Russlands Außenminister Lawrow den tadschikischen Behörden einen Verstoß gegen die geltende bilaterale Vereinbarung vor, die Gegenseite innerhalb von 3 Tagen über Verhaftungen ihrer Staatsbürger in Kenntnis zu setzen. Damit sei das Vorgehen nicht rechtmäßig gewesen.
10.11.2011	Der Leiter der russischen Föderalen Migrationsbehörde (FMS) informiert Russlands Präsidenten Medwedew darüber, dass tadschikische Gastarbeiter für den Großteil der Verstöße gegen die Einwanderungsgesetze verantwortlich seien. Rund 10 % der 2 Mio. in Russland lebenden Tadschiken hielten sich illegal im Land auf.
11.11.2011	In durch Kritiker als »asymmetrische Reaktion« bezeichneten Razzien gegen illegale tadschikische Gastarbeiter werden in Moskau ca. 100 Gastarbeiter nach Tadschikistan ausgewiesen, ca. 25 Tadschiken kommen in Untersuchungshaft. In verschiedenen russischen Städten folgen weitere Razzien, Verhaftungen und Ausweisungen. Innerhalb einer Woche werden ca. 1.500 tadschikische Gastarbeiter verhaftet.
14.11.2011	Der Leiter der russischen staatlichen Sanitätsaufsicht, Gennadi Onischenko rät der russischen Regierung aus medizinischen Gründen zu einem vorübergehenden Verbot tadschikischer Arbeitsmigration nach Russland. In jüngster Zeit seien tadschikische Gastarbeiter häufig an Tuberkulose, AIDS oder Syphilis erkrankt.
18.11.2011	Die tadschikische Sanitätsaufsicht wirft Onischenko die Missachtung der Menschenrechte vor.
21.11.2011	Die russische Landwirtschaftliche Aufsichtsbehörde schlägt der Regierung ein Importverbot für sämtliche pflanzlichen Produkte aus Tadschikistan vor.
22.11.2011	Das Urteil der Piloten wird auf jeweils zweieinhalb Jahre Haft reduziert. Auf Grundlage einer Amnestie, die noch bis zum 1. Dezember in Kraft ist, werden die Inhaftierten freigelassen.
09.12.2011	Der Leiter der tadschikischen Migrationsbehörde Devonaev verhandelt mit dem Leiter des russischen Föderalen Migrationsdienstes (FMS) Romodanowski über eine Verbesserung der Situation der tadschikischen Gastarbeiter in Russland.

RANKING

»The World's Billionaires« – die Forbesliste 2012

Land	Zahl der Milliardäre	
	2012	2011
USA	425	413
Russland	96	101
China	95	115
Deutschland	55	52
Indien	48	55
Hong Kong	38	36
Großbritannien	37	32
Brasilien	36	30
Türkei	34	38
Kanada	25	24
Japan	24	26
Taiwan	24	25
Südkorea	20	16
Australien	18	17
Indonesien	17	14
Italien	16	14
Spanien	16	15
Frankreich	15	14
Israel	13	16
Mexiko	11	11
Schweden	11	10
Malaysia	9	9
Schweiz	9	9
Saudi Arabien	8	8
Ukraine	8	8
Ägypten	7	8
Österreich	6	5
Libanon	6	6
Niederlande	6	6
Phillipinen	6	4
Chile	5	4
Irland	5	5
Kuwait	5	3
Marokko	5	0
Norwegen	5	4
Singapur	5	4
Thailand	5	3
Argentinien	4	2
Polen	4	4
Südafrika	4	4
Vereinigte Arabische Emirate	4	4
Kolumbien	3	2
Tschechien	3	3
Dänemark	3	3
Griechenland	3	2
Kasachstan	3	5

Fortsetzung auf der nächsten Seite

»The World's Billionaires« – die Forbesliste 2012 (Fortsetzung)

Land	Zahl der Milliardäre	
	2012	2011
Neuseeland	3	3
Portugal	3	3
Belgien	2	3
Zypern	2	2
Nigeria	2	2
Peru	2	0
Venezuela	2	2
Belize	1	1
Finnland	1	1
Georgien	1	0
Rumänien	1	2
St. Kitts und Nevis	1	0
Monaco	0	2

Quelle: Auswertung der Forbesliste, <http://www.forbes.com/wealth/billionaires/list> und http://www.forbes.com/billionaires/list/#p_1_s_a0_All%20industries_All%20countries_All%20states

Russische Milliardäre in der Forbesliste 2012

Rang in der Gesamtlis		Name	Vermögen (Mrd. US\$)		Alter 2012
2012	2011		2012	2011	
28	35	Alischer Usmanow	18,1	17,7	58
41	14	Wladimir Lisin	15,9	24,0	55
45	29	Alexej Mordaschow	15,3	18,5	46
46	34	Wladimir Potanin	14,5	17,8	51
56	50	Wagit Alekperow	13,5	13,9	61
57	43	Michail Fridman	13,4	15,1	47
58	32	Michail Prochorow	13,2	18,0	46
64	57	Viktor Wekselberg	12,4	13,0	54
68	53	Roman Abramowitsch	12,1	13,4	45
72	99	Leonid Michelson	11,9	9,1	56
81	105	Andrej Melnitschenko	10,8	9,6	40
99	185	Gennadij Timtschenko	9,1	5,5	59
100	93	Dmitrij Rybolowlew	9,0	9,5	45
104	36	Oleg Deripaska	8,8	16,8	44
105	92	German Chan	8,5	9,6	50
110	88	Iskander Machmudow	8,2	9,9	48
141	459	Michail Guzerijew	6,7	2,5	54
141	124	Alexej Kusmitschew	6,7	7,5	49
146	133	Leonid Fedun	6,5	7,1	55
146	118	Sulejman Kerimow	6,5	7,8	46
166	120	Wladimir Jewtuschenkow	6,0	7,7	63
178	117	Sergej Popow	5,7	7,9	40
183	70	Viktor Raschnikow	5,6	11,2	63
189	124	Alexander Abramow	5,4	7,5	53
216	185	Sergej Galizkij	4,9	5,5	44

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Russische Milliardäre in der Forbesliste 2012 (Fortsetzung)

Rang in der Gesamtliste		Name	Vermögen (Mrd. US\$)		Alter 2012
2012	2011		2012	2011	
242	310	Filaret Galtschew	4,4	3,5	48
248	235	Pjotr Awen	4,3	4,5	57
255	281	Andrej Skotsch	4,2	3,9	46
314	512	Andrej Gurijew	3,5	2,3	52
330	304	Wasilij Anisimow	3,4	3,6	60
367	459	Alexander Nesis	3,1	2,5	49
367	102	Igor Sjusin	3,1	8,9	51
377	193	Nikolaj Zwetkow	3,0	5,3	51
401	336	Wladimir Bogdanow	2,9	3,3	60
521	336	Alexander Frolow	2,4	3,3	47
521	1057	Sarach Iljew	2,4	1,1	45
521	1057	God Nisanow	2,4	1,1	39
521		Viktor Nusenkis	2,4		58
546	782	Wjacheslaw Kantor	2,3	1,6	58
601	512	Alexander Mamut	2,1	2,3	52
601	564	Sijad Manasir	2,1	2,1	46
634	879	Wladimir Gridin	2,0	1,4	56
634	833	Danil Chatschaturow	2,0	1,5	40
634	347	Dmitrij Pumpjansky	2,0	3,2	48
634	651	Anatolij Sedych	2,0	1,1	47
683	512	Michail Balakin	1,9	2,3	50
683	420	Andrej Kljamko	1,9	2,7	50
683	420	Wadim Nowinskij	1,9	2,7	48
719	651	Alexej Ananjew	1,8	1,9	47
719	651	Dmitrij Ananjew	1,8	1,9	43
719	564	Alexander Dshaparidse	1,8	1,1	56
719	692	Igor Kesajew	1,8	1,8	45
719	692	Lew Kwetnoi	1,8	1,8	46
719	782	Wadim Moschkowitsch	1,8	1,6	44
719	512	Anatolij Skurow	1,8	2,3	59
764	833	Dmitrij Masepin	1,7	1,5	43
764	347	Andrej Moltschanow	1,7	3,2	40
764	736	Alexander Ponomarenko	1,7	1,7	47
764	736	Alexander Skorobogatko	1,7	1,7	44
764		Alexander Swetakow	1,7		44
804	833	Aras Agalarow	1,6	1,5	56
804	1057	Igor Altuschkin	1,6	1,1	41
804	879	Samwel Karapetjan	1,6	1,4	46
804	595	Walerij Kogan	1,6	2,0	61
854		Igor Makarow	1,5		49
854		Selimchan Mutsojew	1,5		52
854	651	Rustam Tariko	1,5	1,9	50
960	993	Michail Aysow	1,3	1,2	39
960		Roman Awdejew	1,3		44

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Russische Milliardäre in der Forbesliste 2012 (Fortsetzung)

Rang in der Gesamtliste		Name	Vermögen (Mrd. US\$)		Alter 2012
2012	2011		2012	2011	
960	782	Gleb Fetisow	1,3	1,6	45
960	1057	Andrej Filatow	1,3	1,1	40
960		Konstantin Grigorischin	1,3		46
960	1057	Nikita Mischin	1,3	1,1	40
960	1057	Konstantin Nikolajew	1,3	1,1	41
1.015	993	Pjotr Kondraschow	1,2	1,2	62
1.015	993	Andrej Kosogow	1,2	1,2	51
1.015	833	Juri Kowaltschuk	1,2	1,5	60
1.015	833	Andrej Kosizyn	1,2	1,5	51
1.015	993	Anatolij Lomakin	1,2	1,2	59
1.015	993	Nikolaj Maximow	1,2	1,2	54
1.015	782	Megdet Rahimkulow	1,2	1,6	66
1.015	833	Nikolaj Sarkisow	1,2	1,5	43
1.015	833	Sergej Sarkisow	1,2	1,5	52
1.015		Leonid Simanowskij	1,2		62
1.015	993	Gawril Juschwajew	1,2	1,2	54
1.075	993	Jelena Baturina	1,1	1,2	49
1.075	1140	Oleg Bojko	1,1	1,0	47
1.075		Valentin Gapontsew	1,1		73
1.075	564	Alexander Lebedew	1,1	2,1	52
1.153		Michail Fedjajew	1,0		49
1.153		Wladimir Grusdew	1,0		45
1.153	1057	Dmitrij Kamenschtschik	1,0	1,1	43
1.153	1140	Juri Milner	1,0	1,0	50
1.153		Maxim Nogotkow	1,0		35
1.153	1057	Arkadij Rotenberg	1,0	1,1	60
1.153		Sergej Tsikaljuk	1,0		53

Quelle: <http://www.forbes.com/wealth/billionaires/list>,
http://www.forbes.com/billionaires/list/#p_1_s_a0_All%20industries_All%20countries_All%20states_

Vom 10. bis zum 22. März 2011

10.03.2012	Auf dem Moskauer Neuen Arbat findet eine Demonstration »Für ehrliche Wahlen« statt. Die nach offiziellen Angaben ca. 8000, nach eigenen Angaben bis zu 30.000 Teilnehmer fordern Neuwahlen der Staatsduma und des Präsidenten. Im Anschluss an die Versammlung wird der Vorsitzende der »Linken Front« Sergej Udalzew festgenommen. Bei nicht genehmigten Versammlungen in St. Petersburg und Nishnij Nowgorod kommt es ebenfalls zu Festnahmen.
10.03.2012	Georgij Poltawtschenko, St. Petersburger Bürgermeister, unterzeichnet ein Gesetz, dass die Propagierung von Homosexualität und Pädophilie vor Minderjährigen unter Strafe stellt.
11.03.2012	Alexander Jagodin, Stellvertretender Leiter der Untersuchungsabteilung des russischen Innenministeriums, erklärt in einem Interview, dass Sergej Magnitskij, der in Haft verstorbene Anwalt des Investmentfonds »Hermitage Capital«, keinerlei Korruptionsfälle in den russischen Staatsorganen aufgedeckt habe. Magnitskij hatte Beamten der Strafverfolgungsbehörde vorgeworfen, 5,4 Mrd. Rubel (ca. € 140 Mio.) Steuerrückzahlungen an »Hermitage Capital« unterschlagen zu haben. Daraufhin wurde er wegen Diebstahls angeklagt und in Haft genommen. Im September 2009 starb er in Untersuchungshaft.
11.03.2012	In Machatschkala (Dagestan) werden bei einem Spezialeinsatz zwei Untergrundkämpfer getötet sowie eine Familienangehörige.
12.03.2012	Bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte im Rayon Tschegegmsk (Kabardino-Balkarien) werden sechs mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet.
12.03.2012	Beim Absturz eines Ka-52 Kampfhubschraubers neusten Typs im Gebiet Twer kommen beide Piloten ums Leben.
13.03.2012	In der russischen Staatsduma wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Verletzungen bei den Dumawahlen am 4. Dezember 2011 untersuchen soll. Dieser gehören je drei Abgeordnete der vier Dumafractionen an. Ein Mitglied der Arbeitsgruppe der Kommunistischen Partei kritisiert, dass Struktur und Aufgaben der Gruppe nicht geklärt sind.
13.03.2012	Präsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet einen nationalen Plan über Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung 2012–2013. Der Plan sieht u. a. ein Gesetz vor, dass Staatsangestellte verpflichtet, die Herkunft der Mittel von Privatausgaben zu erklären, wenn diese Ausgaben höher sind als die offiziellen Einkünfte in drei Jahren.
14.03.2012	Vier Mitarbeiter einer Polizeistation in Kasan werden vom Dienst suspendiert und angeklagt, einen Mann vom 9.–10. März in Polizeigewahrsam gefoltert zu haben. Das Opfer verstarb am 10. März.
14.03.2012	Präsident Dmitrij Medwedew trifft sich mit einer Arbeitsgruppe zur Bildung einer »offenen Regierung«. Zentrales Thema ist die Kaderpolitik. Er schlägt eine Qualitätsprüfung der Staatsangestellten sowie eine regelmäßige Auswechslung der Kader vor.
15.03.2012	Im World Reputation Ranking der britischen »Times«, das eine Liste der 100 prestigereichsten Universitäten der Welt aufführt, wird keine russische Hochschule genannt. Im Gesamtranking der 400 weltweit besten Universitäten sind mit der Moskauer Staatlichen Universität (Platz 276) und der Staatlichen Universität St. Petersburg (Platz 351) zwei russische Universitäten vertreten.
15.03.2012	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt Sergej Udalzew, Anführer der »Linken Front«, wegen Zuwiderhandlung von Polizeianweisungen am 10. März zu zehn Tagen Haft. Ein anderes Gericht verurteilt Alexej Nawalnyj, Blogger und Oppositioneller, zu 1.000 Rubel (ca. € 26) Strafe wegen Verletzung der Versammlungsbestimmungen.
15.03.2012	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt den Unternehmer Alexej Koslow wegen Aktienbetrugs zu fünf Jahren Haft. Das Verfahren steht in der Kritik, da der Oberste Gerichtshof eine vorherige Verurteilung aufgehoben hatte – Koslow hatte vorher schon 3,5 Jahre in Haft verbracht. Die bisherige Haft wird auf das aktuelle Urteil angerechnet.
16.03.2012	Ein Moskauer Bezirksgericht hebt die 10-tägige Haftstrafe gegen Sergej Udalzew, Anführer der »Linken Front«, auf und ersetzt diese durch eine Strafzahlung von 1.000 Rubel (ca. € 26).
16.03.2012	Präsident Dmitrij Medwedew ernannt Alexander Tkatschow, Gouverneur des Bezirks Krasnojarsk, zum Sondergesandten des Präsidenten für die von Russland als unabhängig anerkannte Republik Abchasien.
16.03.2012	Bei einem Feuergefecht zwischen Sicherheitskräften und Untergrundkämpfern im Rayon Baksansk (Kabardino-Balkarien) werden drei mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet.
16.03.2012	Das Parlament im Bezirk Primorje wählt Wladimir Mikuljuschewskij, ehemaliger Rektor der Fernöstlichen Föderalen Universität, zum Gouverneur des Bezirks. Präsident Dmitrij Medwedew hatte seinen Vorgänger Sergej Darkin am 28. Februar vorzeitig aus seinem Amt entlassen.
16.03.2012	Die Republikanische Partei Russlands und das russische Justizministerium erzielen einen gerichtlichen Vergleich. Das Justizministerium erkennt das Urteil des Europäischen Gerichtshofes an und sagt zu, die Partei zu registrieren.
16.03.2012	Der Film »Anatomie des Protestes« des russischen Fernsehsenders NTV [YouTube: http://www.youtube.com/watch?v=UdAXVi6NSMk], in dem die Oppositionsproteste diskreditiert und deren Teilnehmer als gekauft dargestellt werden, löst einen Skandal aus. Valerij Fadejew, Vorsitzender des Medienunternehmens »Ekspert«, kündigt die Zusammenarbeit mit NTV, da sein Kommentar zweckentfremdet wurde. Die Seite des Fernsehsenders wurde während der Ausstrahlung durch einen Hackerangriff gestört.

18.03.2012	Vor dem Moskauer Fernsehturm »Ostankino« versammeln sich ca. 700 Personen unter dem Motte »Beerdigung des ehrlichen Fernsehens«. Sie protestieren gegen den vom Fernsehsender NTV ausgestrahlten Film »Anatomie des Protestes«. Ca. 100 Personen werden kurzzeitig festgenommen, darunter Boris Nemzow (PARNAS) und Sergej Udaltow (»Linke Front«). Der Sender strahlt die umstrittene Dokumentation am selben Abend zur Hauptsendezeit um 20 Uhr erneut aus.
19.– 20.03.2012	In Moskau findet ein Treffen des Zwischenstaatlichen Rates der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft auf Ebene der Staatsefs statt. An diesem nehmen die Präsidenten Dmitrij Medwedew (Russland), Alexander Lukaschenko (Belarus), Nursultan Nasarbajew (Kasachstan), Almasbek Atambajew (Kirgistan) und Emomali Rachmon (Tadschikistan) sowie als Beobachter die Präsidenten Serzh Sargsjan (Armenien), Viktor Janukowitsch (Ukraine) und der Interimspräsident Moldaviens, Marian Lupu, teil. Bis 2015 soll der Vertrag über die Wirtschaftsgemeinschaft ausgearbeitet und unterzeichnet werden.
20.03.2012	An einem informellen Treffen der Staatsefs des Zwischenstaatlichen Rates der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft nimmt auch Ministerpräsident Wladimir Putin teil. Im Anschluss trifft er zu Einzelgesprächen mit den Präsidenten Nursultan Nasarbajew (Kasachstan), Viktor Janukowitsch (Ukraine) und Almasbek Atambajew (Kirgistan) zusammen, um über die Zusammenarbeit nach seiner Inauguration als Präsident zu sprechen.
20.03.2012	Präsident Dmitrij Medwedew erklärt auf einer erweiterten Sitzung des Kollegiums des Verteidigungsministeriums, dass zur Finanzierung der nationalen Verteidigung bis 2020 nicht weniger als 2,8 % des BIP bereitgestellt werden. Der Anteil moderner Waffensysteme soll bis 2015 auf 30 % und bis 2020 auf 70–100 % in Armee und Flotte anwachsen, hierfür werden mehr als 23 Billion Rubel (ca. € 580 Mrd.) bereitgestellt.
20.03.2012	Das Moskauer Stadtgericht erklärt die Ablehnung der Registrierung der »Partei der Volksfreiheit – PARNAS« für rechtmäßig.
20.03.2012	Die russische Staatsduma nimmt fast einstimmig in Zweiter Lesung den Gesetzesentwurf zur vereinfachten Registrierung von Parteien an. Demnach müssen Parteien nach Veröffentlichung des neuen Gesetzes nur noch 500 Mitglieder vorweisen, statt aktuell 40.000. Das Justizministerium wird zudem angewiesen, bei unvollständigen Anträgen bei der Registrierung von Parteien Hilfe zu leisten, statt wie bisher den Antrag abzulehnen. Wahlbündnisse werden jedoch weiterhin nicht zugelassen.
20.03.2012	Der russische Außenminister Sergei Lawrow erklärt, dass die syrische Regierung bei dem Konflikt mit der Opposition in Syrien viele Fehler begangen habe.
21.03.2012	Die Gesetzgebende Versammlung des Bezirks Krasnodar wählt Alexander Tkatschow, der seit 2000 amtiert, für eine weitere Amtszeit als Gouverneur.
21.03.2012	Präsident Dmitrij Medwedew ernennt Dmitrij Rogosin, Stellvertretender Ministerpräsident, zum Sonderbeauftragten des Präsidenten für die Region Transnistrien.
22.03.2012	Auf den Direktor des Staatlichen Sozialen Versicherungsfonds der Republik Inguschetien, Alichan Zetschojew, wird ein Sprengstoffattentat verübt, bei dem er und sein Fahrer verletzt werden.
22.03.2012	Die gesetzgebende Versammlung der Stadt Nowosibirsk kündigt die Gründung einer Arbeitsgruppe an, die ein Gesetz für das Verbot der Propaganda von Homosexualität vor Minderjährigen erarbeiten soll.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de